

Unsere Welt



Aller Abrüstungsrhetorik zum Trotz: Die 450 US-Interkontinentalraketen bleiben für Jahrzehnte einsatzbereit. Auf dem Bild: Minuteman III in einem Silo in Süd Dakota (Foto Spencer, Wikimedia Commons).

Barack Obama und die Zukunft der Atomwaffen

Drei Schritte vor und mindestens zwei zurück

Die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages erhält kein starkes positives Abrüstungssignal. Weder durch den NPR, noch durch den neuen START-Vertrag und auch nicht seitens der NATO. Mangelnder Fortschritt bei der Abrüstung bedeutet aber wohl auch mangelnden Fortschritt bei der Verhinderung von Weiterverbreitung. Kein gutes Omen für New York.

Von Otfried Nassauer

Für Barack Obama stand die erste Hälfte des Aprils ganz im Zeichen des Atoms. Ein Jahr nach seiner Prager Rede, in der sich der US-Präsident die Vision einer Welt ohne atomare Waffen zu Eigen gemacht hatte, wollte Obama demonstrieren, dass er seinen Worten auch Taten folgen lässt. Unmittelbar nach Ostern legte er den lange erwarteten «Nuclear Posture Review 2010» vor, eine Blaupause seiner nuklearpolitik für die kommenden Jahre. Nur zwei Tage später unterzeichnete Obama ein «Neues START-Abkommen» und einigte sich mit Russland auf neue Obergrenzen für strategisch-nukleare Waffen. Kurz darauf folgte auf Einladung Obamas ein «Nuklearer Sicherheitsgipfel», an dem 47 Staats- und Regierungschefs teilnahmen und sich zu verbesserten Sicherheitsmassnahmen für nukleare Materialien verpflichteten. Ein Feuerwerk der Ereignisse, das eine genauere Betrachtung verdient.

Deklaratorische Nuklearpolitik – Atomare Rhetorik

Die gute Nachricht zuerst: Der Nuclear Posture Review (NPR) nimmt das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt explizit auf und stellt zudem fest, dass es «im Interesse der USA und aller

anderen Nationen» liege, wenn der «fast 65 Jahre andauernde Rekord, Nuklearwaffen nicht einzusetzen, auf ewige Zeiten ausgedehnt werden» könne. Solche Töne waren in der Geschichte der US-Nuklearpolitik selten zu hören und in der Zeit von George W. Bush ganz sicher gar nicht. Die «fundamentale Aufgabe und Rolle» nuklearer Waffen ist es jetzt, «einen nuklearen Angriff auf die USA, ihre Alliierten und Partner abzuschrecken». Ziel sei es, die Rolle nuklearer Waffen weiter zu reduzieren, so dass die Abschreckung eines Nuklearangriffs künftig die «einzige Aufgabe» nuklearer Waffen werde. Vorerst aber müsse an der Option eines Nuklearwaffeneinsatzes noch festgehalten werden, um «unter extremen Umständen die vitalen Interessen der USA, ihrer Verbündeten und Partner zu verteidigen.»

Auch die «Negative Sicherheitsgarantie» für die nichtnuklearen Mitglieder des Atomwaffensperrvertrages wird im NPR neu gefasst und klarer formuliert: Die «Vereinigten Staaten werden Staaten, die nicht-nukleare Mitglieder des Nichtverbreitungsvertrages sind und ihre nuklearen Nichtverbreitungsverpflichtungen erfüllen, nicht mit dem Einsatz nuklearer Waffen drohen oder Nuklearwaffen gegen Staaten einsetzen.» Die Ga-

rantie gilt explizit auch dann, wenn einer dieser Staaten biologische oder chemische Waffen einsetzen sollte. Rechnen müssen mit der nuklearen Drohung Washingtons künftig also nur noch Nuklearmächte und Staaten, die ihre Verpflichtungen aus dem NVV nicht einhalten. Im Klartext: Nordkorea und der Iran. Dass Washington sich gegen diese Staaten auch die Möglichkeit offen hält, auf einen Chemiewaffeneinsatz mit einem Nuklearwaffeneinsatz zu antworten, ist einer der wenigen indirekten Hinweise darauf, dass die USA auch künftig nicht auf die Möglichkeit verzichten, Nuklearwaffen als erste einzusetzen.

Der NPR beschreibt die Gefahr, dass Terroristen an das Material für eine Nuklearwaffe gelangen oder gar eine Nuklearwaffe einsetzen könnten, als die grösste Bedrohung der Gegenwart. Als zweite grosse Bedrohung wird die weitere Verbreitung atomarer Waffen an zusätzliche Staaten betrachtet. Erst an dritter Stelle steht die Wahrung der «strategischen Stabilität» im Blick auf die anderen Nuklearmächte, vor allem Russland und China. Die Wiederbelebung und Stärkung des Nichtverbreitungsregimes wird deshalb zur ersten Priorität in der Nuklearpolitik Obamas erklärt. Auch das geschieht zum ersten Mal in einem Dokument zur strategischen Nuklearpolitik der USA.

Diese deutlichen Änderungen finden allerdings auf der Ebene der deklaratorischen Politik statt und haben auch den ein oder anderen gefährlichen Haken. Wer entscheidet zum

Aus dem Inhalt

Ruf nach nuklearer Abrüstung	3
Vietnam vor 35 Jahren: Die grösste Niederlage der USA	3
Fussball-WM: Im Anflug auf Südafrika	4
Kuba und die Zensur der internationalen Medien	5
Eine Wolke über Jerusalem	6
Singgruppe Basel: Jubiläum und Abschied	7
Oscar Romero: Heiliger des Volkes	8

Beispiel, ob ein Staat seine Nichtverbreitungsverpflichtungen einhält? Der US-Präsident oder die Vereinten Nationen? Auf Basis von nachprüfbareren Beweisen oder aufgrund geheimdienstlicher Hinweise? Zudem müssen Obamas politische Vorgaben erst noch ihren Niederschlag in Strategiedokumenten, Ziel- und Operationsplänen des US-Militärs finden. Das kann etliche Jahre dauern und bis dahin gelten die Vorschriften aus der Zeit George W. Bushs. Eine Umsetzungsgarantie für die neue Grundausrichtung gibt es also nicht.

Faktische Nuklearpolitik – Der neue START-Vertrag

Dass solche Befürchtungen nicht unberechtigt sind, verdeutlichen die Aussagen des NPR zur Zukunft der Nuklearstreitkräfte und die Ergebnisse der START-Verhandlungen. Für beide war offensichtlich der Blick auf die Nuklearpotentiale der anderen Nuklearwaffenstaaten massgeblich, nicht aber die geänderte Prioritätensetzung der deklaratorischen Nuklearpolitik Obamas.

Der neue START-Vertrag begrenzt die Zahl strategisch-nuklearer Trägersysteme beider Vertragsparteien auf je 800 Systeme, von denen 700 aktiv sein dürfen, und die Zahl der anrechenbar stationierten Sprengköpfe auf je 1 550. Washington und Moskau heben hervor, dass damit die Zahl der

Trägersysteme im Vergleich zum ausgelaufenen START-Vertrag um mehr als die Hälfte reduziert wird und die Zahl der Sprengköpfe um 74%. Im Vergleich zum Moskauer SORT-Vertrag von 2002 ergebe sich ein Minus von 30%. Was wie eine substantielle neue Abrüstungsverpflichtung aussieht, erfordert faktisch jedoch nur sehr kleine Abrüstungsschritte. Das liegt zum einen daran, dass beide Seiten schon heute weit unter den alten START-Grenzen liegen und zum anderen daran, dass veränderte Zählregeln bei den Langstreckenbomben zu künstlich kleingerechneten Sprengkopffzahlen führen. Langstreckenbomber mit Marschflugkörpern zählen künftig nur noch als eine stationierte Nuklearwaffe, bislang zählten sie als zehn. Faktisch können sie sogar bis zu 20 Atomwaffen tragen. Im Ergebnis dürfen beide Parteien einige Hundert Waffen mehr stationieren als die offiziell vereinbarten 1 550. Wie schon START und SORT, so macht auch der neue Vertrag den Parteien keine Vorschriften, wie viele nichtstationierte Sprengköpfe sie in Reserve halten dürfen, die reaktiviert werden könnten oder noch nicht delabouriert wurden. Heute besitzen Moskau und Washington zusammen etwa 4 800 stationierte Nuklearwaffen, insgesamt aber noch rund 22 000 nukleare Sprengköpfe. Auch bei den

Fortsetzung auf Seite 2

Kriege statt Burkas verbieten

Nachdem eine Mehrheit der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit ihrer Zustimmung zum Minarettverbot das Signal gegeben hat, diskutiert halb Europa über ein Burkaverbot. Von London bis Rom füllen sich die Zeitungsspalten mit Stories über radikale Moslems und deren ausbleibende Integration in die europäische Kultur. Klar ist uns die islamische Kultur weitgehend fremd, aber Angst davor schüren hauptsächlich die Medien mit ihren reisserischen Schlagzeilen. Dabei wird eine wesentliche Frage konsequent ausgeklammert:

Integrationsforderungen hier und Kriegsführung dort, wie soll das funktionieren?

Die USA und die Nato stehen seit Jahrzehnten im Krieg gegen islamische Staaten. Mit den Terror-Anschlägen vom 11. September legitimierten sie die Kriege im Irak und in Afghanistan. USA und NATO tragen die Schuld am Tod von weit über einer Million Muslimen innert der letzten 10 Jahre. Nach wie vor angedroht, geplant und vorbereitet ist ein Krieg gegen den Iran.

Lediglich die Staaten, die parieren, werden verschont. Im (Nicht-schurkenstaat) Saudi-Arabien finden die schlimmsten Exzesse gegen die Menschenrechte statt, werden aber kaum beachtet. Dort allerdings durfte die USA ihre militärische Hauptbasis für den Krieg gegen den Irak einrichten.

Sehen so die zivilisierten, westlichen Werte aus? Ja! Schliesslich geht es um Dollar und Öl und nicht um Mohammad oder Christus.

Echte zivilisierte Werte schaffend fordern wir:

USA und NATO raus aus Irak und Afghanistan! Hände weg vom Iran! Kriegsverbot statt Burkaverbot!

Liebe Leserin, lieber Leser

Dieser Ausgabe liegt ein Einzahlungsschein bei. Bitte unterstützen Sie unseren Kampf für einen gerechten Frieden. Vielen Dank.

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PostFinance Konto 40-1627-7

Ruedi Moser, Sekretär SFB

Fortsetzung von Seite 1

Trägersystemen ergibt sich ein enttäuschendes Bild: Die USA müssen nur einige Dutzend ausmustern, Russland dürfte sogar noch kräftig aufrüsten, wenn es sich das leisten könnte. Es hat nur noch 566 stationierte Trägersysteme.

Faktische Nuklearpolitik – Die Modernisierung des Waffenpotentials

Die Aussagen des NPR zur Zukunft der US-Nuklearstreitkräfte spiegeln Obamas Vision einer atomwaffenfreien Welt kaum. Der NPR befürwortet eine umfassende Modernisierung der nuklearen Sprengköpfe.

Die USA werden auch an der Triade ihrer nuklearen Trägersysteme, also an Interkontinentalraketen, seegestützten Langstreckenraketen und Langstreckenbomben, festhalten. Hier soll sich nur wenig verändern. Alle 450 Interkontinentalraketen sollen künftig nur noch einen Sprengkopf tragen. Ob in Zukunft deren Zahl verringert wird, ob weitere Langstreckenbomber ausschließlich konventionelle Aufgaben erfüllen sollen und ob zwei weitere Raketen-U-Boote ausser Dienst gestellt werden, das wird erst im Zusammenhang mit der Aufstellung des Verteidigungshaushalts 2012 entschieden. Zuvor soll geklärt werden, mit welchen konventionellen Langstreckenträgern die US-Streitkräfte künftig das Konzept der Prompt Global Strikes umsetzen wollen.

Die wesentlichen Modernisierungsvorhaben für die Trägersysteme werden deshalb weitergeführt. Die 450 Interkontinentalraketen vom Typ Minuteman 3 sollen weitere Jahrzehnte einsatzbereit bleiben. «Praktisch jedes Inch» der Rakete werde deshalb modernisiert und ein Teil der Raketen erhalte zudem modernere Wiedereintrittsflugkörper aus MX-Raketen, erläuterte Generalleutnant Frank G. Klotz dem Senat. Die Trident-Raketen der U-Boote sollen modernisiert bis 2042 im Dienst bleiben. Alle Bombertypen werden technisch aktualisiert, und Vorarbeiten für völlig neue Trägersysteme werden vorangetrieben. Dazu gehören ein neuer weitreichender Marschflugkörper und erste Konzepte für einen neuen Bomber. Die Konzeption eines neuen Raketen-U-Boots ist bereits angelaufen. Der Bau soll 2019 beginnen und eine «ununterbrochene strategische Abschreckung in die 2080er Jahre» sicherstellen, so Stephen Johnson, der zuständige Admiral.

Obama unter innenpolitischem Druck

Diese Entscheidungen stehen in deutlichem Kontrast zu den Äusserungen im politisch-deklaratorischen Teil des NPR. Sie signalisieren, dass die Vereinigten Staaten auch bis weit in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts über modernste Nuklearstreitkräfte verfügen wollen und vermitteln den Eindruck, als sei die Vision einer atomwaffenfreien Welt eine Vision für das 22. Jahrhundert.

Innenpolitische Notwendigkeiten dürften wesentlich dazu beigetragen haben, dass sich im Nuklearwaffenpotential der USA nur wenig ändert. Zum einen machte der Kongress Obama bereits im Haushaltsgesetz 2010 enge Vorgaben für die START-Verhandlungen, zum anderen braucht der Präsident für die Ratifizierung des neuen START-Vertrages mindestens acht Stimmen der Republikaner im Senat. Dass er sie bekommt, ist nicht gesichert – trotz der gravierenden Zugeständnisse, die Obama mit START und dem NPR gemacht hat. Auf dem Weg zu einer nuklearwaffenfreien Welt sind ihm eher drei Schritte vor und mindestens zwei zurück gelungen – ein Ergebnis, das letztlich deutlich an seiner Glaubwürdigkeit zehren wird.



Nuklearfähiger F-16 Jagdbomber: Modernisierter Nachfolger bereits in Sicht. Foto NATO

Auswirkungen auf Europa

Madeleine Albright, unter US-Präsident Bill Clinton Aussenministerin und heute Vorsitzende der Expertengruppe für das neue strategische Konzept der NATO, wird in Kürze Anders Fogh Rasmussen, dem Generalsekretär der Allianz, einen Bericht mit Empfehlungen für die künftige NATO-Strategie überreichen. Die Empfehlung, auf die letzten in Europa stationierten Nuklearwaffen zu verzichten, wird in ihrem Bericht nicht enthalten sein.

Albright wird dem Vernehmen nach vorschlagen, diese Waffen vorläufig in Europa zu belassen. Sie sollen zum Gegenstand von Gesprächen mit Russland über weitere nukleare Abrüstungsschritte gemacht werden. Hillary Clinton, die Aussenministerin der USA, argumentiert auf der gleichen Linie: «Bei allen künftigen Reduzierungen sollte es unser Ziel sein, (...) die nicht-strategischen Nuklearwaffen in die nächste Runde amerikanisch-russischer Abrüstungsdiskussionen einzubeziehen, zusammen mit den nicht-stationierten strategischen Nuklearwaffen», erklärte Clinton den NATO-Aussenministern in Tallin am 22. April. Diese Sichtweise findet sich auch im neuen NPR.

Der NPR sieht dagegen auch eine Modernisierung der sub-strategischen Nuklearwaffen vor. Begründet wird auch dieses Vorhaben mit Barack Obamas Prager Rede: «So lange es diese Waffen gibt, werden die Vereinigten Staaten ein sicheres und wirksames Arsenal zur Abschreckung potenzieller Feinde aufrechterhalten und die Verteidigung ihrer Verbündeten garantieren.» Oder in Aussenministerin Clintons Worten beim NATO-Treffen in Tallin: «Solange Nuklearwaffen existieren, wird die NATO eine nukleare Allianz bleiben.»

Vorgesehen ist eine Modernisierung der beiden wesentlichen Komponenten: Für die nuklearfähigen F-16 und F-15E-Jagdbomber der US-Luftwaffe soll ein Nachfolger entwickelt werden, eine doppelt verwendbare Version des Joint Strike Fighters (JSF). Die in fünf europäischen Ländern, darunter in Deutschland gelagerten US-Atombomben der Versionen B-61-3 und B-61-4 sollen gründlich modernisiert werden. Fast 2 Milliarden US-Dollar sind derzeit für die Haushaltsjahre 2011–2015 für eine Machbarkeitsstudie und den Einstieg in die Entwicklung der neuen Version eingestellt. Weitere Milliarden müssen in den Jahren danach fließen, denn erst ab 2018 kann die neue Bombe als Bewaffnung für Jagdbomber und Langstreckenbomber hergestellt werden. Mit ihr würde der bisher be-

stehende Unterschied zwischen taktischen und strategischen Versionen der B-61-hinfällig.

Die als Lebensdauererweiterung bezeichnete Massnahme ist jedoch weit mehr als der Name verrät. Vorgesehen ist eine Modernisierung der meisten nicht-nuklearen Komponenten. Nach gesonderter Autorisierung durch den US-Präsidenten ist auch eine Überarbeitung der nuklearen Komponenten, des sogenannten «physics package» möglich, vorausgesetzt, dass dadurch entweder die Sicherheit oder die Funktionssicherheit gesteigert bzw. die Notwendigkeit nuklearen Testens verringert werden kann. Unterschiede zu den Plänen für eine neue Generation verlässlicher Ersatzsprengköpfe (RRWs), die Verteidigungsminister Robert Gates und der Chef der zuständigen NNSA, Thomas d'Agostino unter George W. Bush verfolgten, sind kaum auszumachen. Barack Obamas Vorgabe, keine neuen Nuklearwaffen, keine Nuklearwaffen mit neuen Fähigkeiten und keine Atomwaffen für neue Aufgaben zu entwickeln steht mit diesem Vorhaben auf dem Prüfstand.

Nuklearschirm

Mit diesen Entscheidungen werde sichergestellt, dass «die USA die Fähigkeit beibehalten, Nuklearwaffen in Erfüllung ihrer Bündnisverpflichtungen vorgeschoben zu stationieren», hält der NPR fest. Diese «nimmt die Ergebnisse künftiger Entscheidungen in der NATO über die Notwendigkeit der nuklearen Abschreckung und der nuklearen Teilhabe nicht vorweg», sondern halte «alle Optionen offen». Washington stelle seinen Alliierten einen «glaubwürdigen US-Nuklearschirm» bereit, der aus den «strategischen Kräften der Triade, vorgeschoben-stationierten Nuklearwaffen in Schlüsselregionen und Nuklearwaffen in den USA besteht, die schnell vorgeschoben stationiert werden können». Auch wenn die Gefahr eines nuklearen Angriffs sich auf «einem historischen Tiefstand» befinde, trage «die Präsenz von US-Nuklearwaffen in Verbindung mit den einzigartigen Arrangements der nuklearen Teilhabe (...) zum Zusammenhalt der Allianz bei» und stelle «eine Rückversicherung für Verbündete und Partner dar, die sich regionalen Bedrohungen ausgesetzt fühlen.» Änderungen sollen nur nach Diskussion in und «auf Entscheidung der Allianz» erfolgen. Das erfordert Einstimmigkeit und gibt jedem NATO-Mitglied die Möglichkeit, einen Abzug der Nuklearwaffen aus Europa durch sein Veto zu verhindern. Die Modernisierung von Trägerflugzeugen und nuklearen Bomben soll

unabhängig davon erfolgen, wie die NATO sich entscheidet.

Verbesserte regionale Sicherheitsarchitekturen, zu denen eine effiziente Raketenverteidigung, Fähigkeiten, den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu bekämpfen, konventionelle Fähigkeiten zur Machtprojektion und eine integrierte Kommandostruktur gehören, seien «entscheidend, wenn man sich auf eine Welt ohne Nuklearwaffen zu bewegt».

Diese Verknüpfung hatte sich bereits im Ballistic Missile Defense Review (BMDR) angedeutet, einem weiteren aktuellen Planungspapier aus dem Pentagon. Im BMDR wird für eine europäische Raketenabwehr geworben: «Gegen nuklear bewaffnete Staaten wird die regionale Abschreckung notwendigerweise auch [künftig] eine nukleare Komponente erfordern. Aber die Rolle der US-Atomwaffen in diesen regionalen Abschreckungsstrukturen kann durch eine Stärkung der Rolle der Raketenabwehr und anderer Fähigkeiten reduziert werden.»

Neue Diskussionen über präventive Einsätze

Unter Obama wird das Konzept einer Gesamtabschreckung auf regionale Abschreckungssysteme, also auf Europa und die NATO, den Nahen und Mittleren Osten und den Fernen Osten übertragen. Das bringt Konsequenzen mit sich, positive wie negative. Positiv ist die Reduzierung der Rolle und der Zahl atomarer Waffen, die angestrebt wird. Da auch Japan zustimmte, wurde die im NPR angekündigte Ausserdienststellung der letzten seegestützten nuklearen Marschflugkörper möglich.

Problematisch sind dagegen etliche andere Aspekte: Wird eine weitere Reduzierung der Zahl und Rolle nuklearer Waffen in der NATO vom vorherigen Aufbau einer Raketenabwehr der USA und der NATO in Europa abhängig gemacht, so könnten die europäischen NATO-Staaten tief in den russisch-amerikanischen Disput über die US-Raketenabwehr und deren Risiken für die strategische Stabilität hineingezogen werden. Das ist eine Aussicht, die den meisten europäischen Staaten nicht gelegen kommen kann. Russland wird auf Dauer auch die modifizierte Raketenabwehr der USA kaum akzeptieren können. Spätestens in der vierten Phase des Aufbaus der umstrukturierten Raketenabwehr ab 2018/20 sieht auch Obamas Konzept die Stationierung von Abfangraketen gegen Interkontinentalraketen «im Norden Europas» vor. Moskau dürfte darin erneut eine Gefährdung seiner Abschreckungs-

fähigkeit sehen oder das Vorhaben gar als Indiz für eine geheime Erstschlagsplanung der USA werten. Zudem enthält das veränderte Raketenabwehrkonzept eine neue problematische Komponente. Im BMDR wird angekündigt, dass die USA Technologien zum «frühzeitigen Abfangen» gegnerischer Raketen entwickeln wollen. Dieses Teilkonzept wird als «Early Intercept» bezeichnet. Gemeint sind Technologien, mit denen gegnerische Raketen schon kurz nach dem Start oder sogar noch bevor sie abgeschossen wurden, zerstört werden können. Mit anderen Worten: Technologien, die in der NATO eine neue Diskussion über präventive Einsätze auslösen dürften.

Wiederbelebung des «begrenzten Atomkrieges»?

Wird die NATO als regionales Abschreckungssystem mit regionaler Sicherheitsarchitektur betrachtet, so muss das in Europa unguete Erinnerungen an die NATO-Diskussion der 70er Jahre wachrufen. Damals wurde gerade die europäischen NATO-Staaten kein regionales Abschreckungssystem, um sicherzustellen, dass die globale Abschreckung unteilbar war. Sie fürchteten, ein regionaler, auf Europa begrenzter Nuklearkrieg werde sonst denkbar. Dass solche Überlegungen auch heute in Washington noch existieren, bewies der ehemalige Verteidigungsminister James Schlesinger Ende 2008. In einer ausführlichen Studie für das Pentagon befürwortete er mit Blick auf die erweiterte (also regionale) Abschreckung eine Wiederbelebung des Konzeptes der begrenzten nuklearen Optionen, der Limited Nuclear Options. Mit genau diesem Konzept hatte Schlesinger als Verteidigungsminister Mitte der 70er Jahre die Befürchtungen über einen begrenzten Atomkrieg mit ausgelöst.

Schliesslich droht mit der Ankündigung, einen Abzug der nicht-strategischen Nuklearwaffen aus Europa von Verhandlungen mit Russland abhängig zu machen, möglicherweise eine jahrelange Hängepartie. Es kann Washington und seinen NATO-Partnern nicht entgangen sein, dass Moskau seit Jahren über diese Waffen erst dann reden will, wenn die USA sie auf ihrem eigenen Territorium lagern. So entsteht nur ein neues diplomatisches Mikadospiel: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren.

Klar wird: Die Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages erhält kein starkes positives Abrüstungssignal. Weder durch den NPR, noch durch den neuen START-Vertrag und auch nicht seitens der NATO. Mangelnder Fortschritt bei der Abrüstung bedeutet aber wohl auch mangelnden Fortschritt bei der Verhinderung von Weiterverbreitung. Kein gutes Omen für New York.

Otfried Nassauer ist freier Journalist und leitet das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit – BITS (siehe unten). Der Artikel wurde von der Redaktion leicht gekürzt und mit Zwischenüberschriften versehen.

«... Das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) bietet mit seinen Datenbanken und Archiven einen außergewöhnlichen Service für die Online-Recherche im Bereich europäischer Sicherheit.»
Bildungsserver learn.line.nrw

Stimmt. Und nicht nur zu diesem Thema, sondern zum Beispiel auch zu Nuklearwaffen, Rüstungsexporten, zur Rüstungskontrolle oder und zu Auslandsentsätzen und aktuellen Konflikten. Schauen Sie mal vorbei: www.bits.de. Damit wir unseren kostenlosen Service auch künftig aufrechterhalten können und sich unsere Besucher weiter umfassend und unabhängig informieren können, benötigen wir

Ihre Unterstützung.

BITS Förderverein e.V. bei der Postbank Berlin, Konto-Nr.: 577 005 107, Bankleitzahl: 100 100 10
IBAN: DE67 1001 0010 0577 0051 07, BIC: PBNKDEFF

BITS ist durch das Finanzamt für Körperschaften in Berlin als gemeinnützig anerkannt. Ihre Unterstützung ist steuerlich abzugsfähig. Für die Spendenguttung benötigen wir Ihre Adresse.



BITS
Rykestr. 13
10405 Berlin
Tel: (030) 4410 220
<http://www.bits.de>

Lehren und Erfahrungen sind noch heute höchst aktuell

Vietnam war die grösste Niederlage der USA

Vor 35 Jahren, am 30. April 1975, nahmen die vietnamesischen Patrioten Saigon ein und befreiten damit nach zwei Jahrzehnten amerikanischer Besatzungsherrschaft ganz Südvietnam. Die Ketten eines fast ein Jahrhundert währenden Kolonialjochs, das einst Frankreich errichtete, wurden zerbrochen.

Von Gerhard Feldbauer

Die vietnamesische Befreiungsrevolution und insbesondere ihr Kampf gegen die USA-Herrschaft fordern bis in die Gegenwart zu Vergleichen heraus, die hohe Aktualität haben. Der Verlauf dieser Revolution ist Friedensfreunden hinreichend bekannt, so dass der Autor sich auf eben einige dieser Vergleiche, auf die Aktualität ihrer Lehren und Erfahrungen konzentrieren möchte. Als erstes ist festzuhalten, dass sich am verbrecherischen Charakter des USA-Imperialismus bei der Verfolgung seiner Welt-

Vernichtungskrieg begonnen. Die grosse Hilfe des damals existierenden sozialistischen Lagers, die weltweite Solidarität der Völker und ihrer Friedenskräfte, eingeschlossen jene in den USA selbst, waren entscheidende Grundlagen dieses Sieges. Aber die letztlich ausschlaggebende Bedingung, dass diese Faktoren zur Geltung kommen konnten, war der nicht zu brechende Widerstandswille des Volkes, der in den weit in die Geschichte zurückreichenden Traditionen des Widerstandes gegen Fremd- und Kolonialherrschaft als auch einheimische Unterdrücker wurzelte. Diese zu

aber befanden sich in beträchtlicher Zahl militärische Berater und Ausbilder der UdSSR in Vietnam, die sich auch in den Gefechtsstationen der Luftverteidigung, also in Raketen- und Artilleriestellungen befanden. Bis heute sind dazu die Archive nicht geöffnet worden. Wenn das einmal geschehen sollte, wird man sicher erfahren, dass viele sowjetische Militärs in diesem Kampf ihr Leben gelassen haben.

Daraus abzuleiten, es habe sich um einen Stellvertreterkrieg gehandelt, entspricht ebenfalls nicht der tatsächlichen Entwicklung. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass natürlich die Militärs der UdSSR, wie die der USA, in Vietnam ihre Waffen, darunter ihre modernsten MG-Jäger-Typen und Luftabwehrraketen erprobten und der Sieg in Saigon ohne die schweren sowjetischen Waffen (Panzer und Artillerie) nicht möglich gewesen wäre. Pentagon-Militärs gaben übrigens mehrfach zu, dass die in Vietnam eingesetzten Mig-Jäger damals den gleichwertigen USA-Typen überlegen waren. Und die eingesetzten Luftabwehrraketen SAM nannte Oberst Robin Olds, ein Fliegerass des Koreakrieges, öffentlich «furchterregende Raketen».

Nach dem Abschluss der Pariser Friedensabkommen 1972 zogen die USA zwar ihre regulären Truppen aus Südvietnam ab, liessen aber 25 000 Militärberater zurück, die bis in die untersten Einheiten faktisch die Saigoner Truppen führten. Diese Marionettenarmee wurde von 600 000 Mann auf über 1,2 Millionen aufge-

stockt und mit modernsten konventionellen Waffen ausgerüstet. Das Ende war die Zerschlagung dieser Armee, die nach der Militärmacht der Volksrepublik Chinas als zweitgrösste Streitmacht Asiens galt (900 Kampfflugzeuge, 400 Kampfhubschrauber, 2 100 Panzer und Geschütze).

Scheitern vorprogrammiert

Der Widerstand gegen heute von den USA angezettelte Eroberungskriege findet unter sehr unterschiedlichen Kräfteverhältnissen statt. Es ist keine Führerpersönlichkeit wie Ho Chi Minh, keine Befreiungsfront wie sie die Patrioten Vietnams zustande brachten, in Sicht. Eins jedoch steht unter dem Gesichtspunkt der Lehren Vietnams schon heute fest: Die USA werden am Widerstandswillen, am Freiheits- und Unabhängigkeitsdrang der Völker scheitern. So wie keine Vietnamisierung 1975 die Niederlage in Saigon verhindern konnte, wird sie heute wie in der Zukunft weder eine Irakisierung noch Afghanistanisierung oder um was für Truppen von Marionettenregimes es sich noch handeln möge, vor dem gleichen Schicksal bewahren.

Die USA verhängten nach 1975 über Vietnam sofort einen totalen Wirtschaftsboykott. Ziel war, wie der amerikanische Autor Walden Bello in seinem 1994 in San Francisco erschienenem Buch «Dark Victory» belegte, das Land in den ökonomischen Bankrott zu treiben. Vietnam, das im April 1976 seine beiden Landesteile wieder vereinigte und im Juli 1976 als Ausdruck des gemeinsamen Weges

zum Sozialismus die Staatsbezeichnung Sozialistische Republik Vietnam annahm, brachte auch diese Pläne zum Scheitern. Während nach der sozialistischen Niederlage 1989/90 in Osteuropa der Kapitalismus restauriert wurde, überstand Vietnam erfolgreich alle Versuche, es über eine Sozialdemokratisierung seiner Kommunistischen Partei auf diesen Weg zu drängen. Mit seit 2001 jährlich 7,5 und 2005 sogar 8,4 Prozent weist Vietnams Wirtschaft in Südostasien mit grossem Abstand die höchsten Steigerungsraten auf und beschreitet erfolgreich den Weg einer modernen industriellen Entwicklung. Ziel ist, wie der X. Kongress der KPV 2006 festlegte, der Aufbau «eines unabhängigen, demokratischen, blühenden und starken Vietnams mit einer gerechten und modernen Gesellschaft, in welcher die Ausbeutung des Menschen abgeschafft» wird. Die Hoffnungen der Kräfte des Fortschritts schliessen ein, dass Vietnams Volksmassen diesen Weg unumkehrbar gestalten.

Gerhard Feldbauer schrieb zusammen mit seiner Frau Irene das Buch «Sieg in Saigon», er selbst «Die Nationale Befreiungsrevolution Vietnams», beide Pahl Rugenstein, Köln 2005/06 bzw. 2007, sowie «Damals Vietnam, heute Irak», Hannover 2007.



Wo steht Vietnam heute am 120. Geburtstag von Ho Chi Minh?

Information und Diskussion mit Irene und Gerhard Feldbauer*

Freitag, 11. Juni 2010, 19 Uhr
Gemeinschaftsraum BZ, Zentralstrasse 142, 8003 Zürich (Tram 2 und 3, Haltestelle Lochergut)

*Der Historiker Dr. Gerhard Feldbauer und seine Frau Irene arbeiteten viele Jahre für die Zeitung „Neues Deutschland“ in Indochina und verfolgten die Entwicklung in Vietnam, Laos und Kambodscha. Ihr gemeinsam herausgegebenes Buch: „Sieg in Saigon. Erinnerungen an Vietnam“.

Gerhard Feldbauer schrieb weiter:
 „Die nationale Befreiungsrevolution Vietnams. Zum Entstehen ihrer wesentlichen Bedingungen 1925-1945“ und „Damals Vietnam, heute Irak. Wie sich die Bilder gleichen“

Vereinigung Schweiz-Vietnam
Schweizerische Friedensbewegung

herrschaftspläne bis heute nichts geändert hat, auch nicht an den verlogenen Vorwänden zur Auslösung von Aggressionskriegen. Dieser Bogen spannt sich von der Provokation 1964 im Golf von Tongking als Vorwand für den Luftkrieg gegen die Demokratische Republik Vietnam über die Rolle der USA-Geheimdienste bei den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zur Anzettelung des sogenannten Krieges gegen den Terrorismus bis zu den Anschuldigungen des Besitzes von Massenvernichtungswaffen des Irak als Anlass des Überfalls auf dieses Land und den jetzigen Behauptungen gegenüber Iran. Neben der weltweiten Sicherung strategischer Rohstoffressourcen geht es den USA unter veränderten Machtkonstellationen wie damals auch heute darum, ein Stützpunktsystem zur Sicherung ihrer Weltherrschaftspläne vor allem gegenüber China, aber auch Russland oder Indien aufzubauen.

Widerstandswille

Vietnam siegte über die Militärmacht der USA, die stärkste der westlichen Welt. Als Nachfolger der französischen Kolonialisten hatten sie 1955 gegen Vietnam einen grausamen

mobilisieren verstand eine kommunistische Partei, die der legendäre Führer Ho Chi Minh gegründet hatte.

Weder Bürger- noch Stellvertreterkrieg

Vietnam führte einen Befreiungskampf gegen die koloniale bzw. neokoloniale Herrschaft erst Frankreichs und danach der USA. Die These, es habe sich zuletzt um einen Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd gehandelt, in dem beide Seiten Unterstützung des USA- bzw. UdSSR-geführten Lagers erhalten hätten, ist völlig unzutreffend. Nach dem Beginn des Luftkrieges der USA gegen die DRV erhielt diese die militärische Unterstützung der UdSSR, zu der modernste konventionelle Waffen gehörten, und auch Lieferungen aus der VR China. Ohne diese Hilfe hätte Vietnam dieser Aggression nicht widerstehen und über sie den Sieg erringen können. Zu keinem Zeitpunkt kämpften dabei ausländische Truppen an der Seite der vietnamesischen Patrioten. Entsprechende Angebote hat die DRV stets abgelehnt. Das geschah auch unter dem Gesichtspunkt, den USA keinen Vorwand für ihren eigenen massiven Truppeneinsatz zu liefern. Wohl

65 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki:

Ruf nach nuklearer Abrüstung

Am 2. Mai 2010, einen Tag vor Beginn der Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag, haben auf New Yorks Strassen zehntausende Menschen die Beseitigung aller Kernwaffen gefordert und damit den Willen von Millionen Menschen zum Ausdruck gebracht. Zuvor hatte die internationale NGO-Konferenz zu Abrüstung und Überwindung der Kernwaffen stattgefunden. Diese Rufe müssen bei den Atomwaffenstaaten endlich Gehör finden, erklärt der Europarlamentarier der deutschen LINKEN Helmut Scholz.

Von Helmut Scholz

Insgesamt 190 Staaten haben ihre Unterschrift unter den 1968 geschlossenen Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen gesetzt.

Das Abkommen verbietet den Atomwaffenstaaten die Weitergabe von Kernwaffen und verpflichtet alle anderen Staaten, auf Herstellung oder Erwerb von Nuklearwaffen zu verzichten. In erster Linie aber ruft der Vertrag zu Verhandlungen über Rüstungsreduzierung auf und erklärt die vollständige nukleare Abrüstung zum Ziel.

Nicht nur die wirksamen Kontrollinstrumente fehlen

Dass heute noch immer weit über 20 000 Atomwaffen existieren und die Zahl von Staaten, die waffenfähiges nukleares Material produzieren können, weiter gestiegen ist, liegt an Zunahme und Verschärfung regionaler Konflikte, am Fehlen wirksamer Kontrollinstrumente, vor allem jedoch am fehlenden politischen Willen der grossen Atomwaffenstaaten zu nuklearer Abrüstung und dem folgenreichen Beispiel, das sie damit geben. Eine Fortsetzung der irrationalen «atomaren Abschreckung», die zum praktischen Scheitern der letzten Überprüfungskonferenz 2005 führte, und erst kürzlich durch Frankreichs Präsident Sarkozy abermals bekräftigt wurde, sowie das Festhalten der NATO an der Option eines (präventi-

ven) nuklearen Erstschlages dürfen nicht zugelassen werden. Auch das vor wenigen Tagen beim Nato-Aussenministertreffen in Tallinn erfolgte Festhalten an den taktischen Atomwaffen wegen der, so Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, «glaubwürdigen Abschreckung», ist in Vorbereitung der Konferenz mehr als kontraproduktiv.

Das wirksamste Mittel, die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu sichern, ist und bleibt die vollständige Beseitigung der Nukleararsenale und der Verzicht auf Kapazitäten zur Herstellung waffentauglichen spaltbaren Materials. 65 Jahre nach den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, die hunderttausende Menschen töteten und deren Zerstörungskraft von den heute angehäuften Nuklearwaffen bei weitem übertroffen wird, sind nicht nur Willensbekundungen zur Abrüstung, sondern endlich Taten notwendig. Die Chance der Überprüfungskonferenz in New York darf nicht erneut verspielt werden. Es könnte die letzte sein.



Demonstration gegen Atomwaffen in Deutschland am Fliegerhorst Büchel, 30. August 2008 (Foto Buroll).

Was das Ende der Apartheid und die WM miteinander zu tun haben

Im Anflug auf Südafrika

Der erste Anblick des Post-Apartheid-Staates wird sich den meisten Gästen der Fussballweltmeisterschaft aus der Luft bieten. Das ist eine echte Chance: Schon ein kurzer Blick aus der Vogelperspektive auf die Siedlungsstruktur rund um Kapstadt oder Johannesburg verrät mehr über das heutige Südafrika, als es der Blitzbesuch in den Stadien und Innenstädten vermag.

Von Reinhart Kössler

Erstmals wird 2010 mit der Fussballweltmeisterschaft eines der beiden grössten globalen Sportereignisse auf dem afrikanischen Kontinent stattfinden. Dieser Umstand ruft im Westen ein ganzes Spektrum von Assoziationen auf. Ob es darum geht, dass derartige logistische und technische Anstrengungen auch einem afrikanischen Land zugetraut werden, oder aber um die Zweifel, ob «die das wirklich schaffen» – immer schwingt die Tatsache, dass wirtschaftliche und technologische Kompetenzen und Möglichkeiten nach wie vor auf der Welt extrem ungleich verteilt sind, im Vorfeld der WM in der öffentlichen Kommunikation mit.

Zugespielt gesagt geht es hier auch um die symbolische Überwindung (post-)kolonialer Diskriminierung und rassistischer Vorurteile. Dem globalen Süden wird Inkompetenz unterstellt, und Afrika erscheint vielen als Inbegriff des Elends und des Chaos. Damit wird die Vorstellung transportiert, nach dem Abzug der Weissen – oder im Fall Südafrikas nach dem Ende der rassistisch begründeten Minderheitsherrschaft – gehe dort nichts mehr. Manche warteten im Vorfeld der WM offen oder insgeheim auf eine Bestätigung ihrer Vorurteile. Doch seit die Generalprobe, der Confederations Cup 2009, erfolgreich verlaufen ist, bezweifelt niemand mehr ernsthaft, dass Südafrika es schaffen wird. Allenfalls ein gelegentliches Raunen und das Gerücht, die Hotelkapazitäten würden vielleicht nicht ausreichen und WM-TouristInnen müssten in Massenquartiere ausweichen, halten sich hartnäckig.

Zum Anpfiff bereit

Die Anstrengungen, die in Südafrika auf dem Weg zur WM unternommen wurden und werden, sind enorm. Sie manifestieren sich zunächst im Aus- und Neubau grosser, mit neuester Technologie ausgestatteter und teils architektonisch spektakulärer Stadien. Diese sind, nicht anders als vier Jahre zuvor in Deutschland, für die Austragung von wenigen, teils nur ein oder zwei, Fussballspielen vorgesehen. Hinzu kommen vor allem aufwändige Infrastrukturmassnahmen. Die seien notwendig, um die erwarteten Touristenströme aufnehmen zu können, die nicht nur zur WM, sondern dadurch angeregt auch nach 2010 kommen sollen. Gebaut oder bis auf das doppelte Fassungsvermögen erweitert werden die internationalen Flughäfen in Johannesburg, Kapstadt und Durban. Insgesamt werden elf Flughäfen für das Grossereignis vorbereitet.

An den Austragungsorten wird massiv in die Verkehrsinfrastruktur investiert, am spektakulärsten wohl mit dem für Südafrika innovativen Gautrain, einer Schnellbahn, die den Flughafen von Johannesburg mit der Stadt sowie mit den relevanten Stadi-

en und mit der Regierungshauptstadt Tshwane (Pretoria) verbinden wird. So soll das Strassen- und Autobahn-system entlastet werden, das gerade im wirtschaftlichen Herzland, der Provinz Gauteng, regelmässig hoffnungslos verstopft ist. In all diesen technologischen Grossprojekten manifestiert sich symbolhaft eine stossartige Modernisierung des Landes.

Offiziellen Schätzungen zufolge erfordern die Infrastrukturmassnahmen etwa zwei Drittel der mit rund 3,7 Milliarden Dollar veranschlagten Kosten für die WM. Mit alledem läge dieses «Sportereignis» in Südafrika im langfristigen globalen Trend, solche Grossereignisse als Chance für schlagartige Verbesserungen der Infrastruktur zu nutzen. Ähnliches gilt für die Kostenexplosion: Würde man zu Beginn ehrlich Rechenschaft ablegen und wäre die Differenz der veranschlagten und tatsächlichen Kosten vorher bekannt, würde sich vielleicht niemand darauf einlassen.

Doch beim Anflug auf Südafrika, sei es nach Kapstadt oder Johannesburg, können die Gäste zumindest für einen kurzen Moment aus ganz anderer Perspektive auf Südafrika blicken. Sie müssen dafür, statt sich etwa vom einzigartigen Panorama des Tafelbergs beim Anflug auf den Kapstädter Flughafen faszinieren zu lassen, die Vogelperspektive nutzen und den Blick nur direkt nach unten richten. Zu sehen ist hier ein Wohngebiet, von dem sie abgeschottet bleiben werden, wenn sie erst einmal gelandet sind: die Cape Flats, die informellen Siedlungen in der grossen Ebene östlich des Tafelbergs. Hierhin hat vor vierzig, fünfzig Jahren das Apartheidsregime alle diejenigen verfrachtet, die im Stadtzentrum nicht länger erwünscht waren und aufgrund der rassistischen Kategorisierung dort auch nicht mehr wohnen durften.

Langa, Gugulethu, Mitchell's Plain, Khayelitsha – auch diese Namen sind zumindest denen wohl vertraut, die in den 1970er und 1980er Jahren die Kämpfe gegen die Apartheid verfolgt und unterstützt haben. Wer vom Flughafen auf der Stadtautobahn in die Stadt gefahren wird, könnte also anhand der Wegweiser, die das Auto passiert, zu der Erkenntnis kommen, dass dies keine Mythen, sondern höchst reale Orte sind. Was der Blick von oben beim Anflug hätte zeigen können: es sind grossteils Gegenden, deren BewohnerInnen auch 15 Jahre nach dem offiziellen Ende der Apartheid noch immer am unteren Ende der Skala in einer Gesellschaft leben müssen, die bei der sozialen Ungleichheit zur Weltspitze gehört. (...)

Zementierte Vergangenheit

Von der Autobahn aus verstellen neu errichtete Apartmentblocks den Blick auf das, was dahinter recht zielbewusst verborgen wird. Selbst wer zwischen den WM-Spielen die Angebote des längst etablierten Township-Tourismus nutzt, wird nicht unbedingt die widersprüchliche Realität kennenlernen, in der nach wie vor die Mehrheit der städtischen SüdafrikanerInnen lebt. Die zweistündigen bis eintägigen Townshiptouren präsentieren häufig eine für die Fremden sorgfältig bereinigte, vielleicht gar romantisierende Version lokaler Lebensverhältnisse (zum Township-Tourismus siehe iz3w 291, www.iz3w.org).

Das Erbe der Apartheid ist teils buchstäblich in Beton gegossen. Es manifestiert sich in Strassen und

Siedlungsstrukturen, die darauf angelegt waren, Privilegierte von Diskriminierten abzuschotten – also von jenen, die von bürgerlichen Rechten ebenso wie von Aufstiegschancen oder Eigentum ausgegrenzt waren, es sei denn, sie wurden als Hausbedienstete benötigt. Ähnliches gilt nach wie vor für den Zugang zu Land. In der heute stark urbanisierten Gesellschaft Südafrikas mag der Landzugang nicht mehr die gleiche zentrale Rolle spielen wie noch vor Jahrzehnten. Die extrem ungleiche Landverteilung steht dennoch für das Erbe der Enteignung der afrikanischen Gemeinschaften und die Folgen der massenhaften Deportation unter der Apartheid. All das kann bereits erkennen, wer aufmerksam aus dem Flieger schaut und den Blick auf winzige Parzellen und Hütten richtet, säuberlich getrennt von den schier endlosen Feldern, den Vierteln mit grosszügigen Strassen und den Gärten mit den Swimmingpools, die in der Sonne glitzern.

Soziale Ungleichheit bleibt

Nun ist es nicht so, als habe sich in Südafrika seit dem Ende des regierungsamtlich verankerten Rassismus nichts geändert. Doch trotz Black Empowerment und der Herausbildung einer «Blackoisie», trotz spürbarer Verbesserungen bei der Infrastrukturversorgung der Townships mit Wasser, Elektrizität und Telefon sind die gesellschaftlichen Strukturen erschreckend stabil geblieben. Wenngleich auch am wohlhabenden Pol des sozialen Spektrums nun eine Reihe schwarzer Gesichter zu sehen ist, wurde die krasse soziale Ungleichheit vor allem beim Hausbau zementiert. Getreu den Vorgaben der Wirtschaftsorthodoxie sorgte der ANC nach 1994 vor allem für die Öffnung der südafrikanischen Märkte und eine gute Zahlungsbilanz. Geradezu ein Fanal war dabei die schnelle Beerdigung des noch im Wahlkampf propagierten, auf gesellschaftliche Strukturveränderungen zielenden Recovery and Development Programms (RDP) zugunsten der GEAR-Strategie (Growth, Employment and Redistribution), die sich weitgehend an neoliberalen und monetaristischen Vorgaben ausrichtete. In der Folge expandierten südafrikanische Konzerne international. South African Breweries kaufte beispielsweise Pilsner Urquell auf. Einzelhandelsketten, Telekommunikationsunternehmen, Nahrungsmittelkonzerne, Bergwerkskonzerne, teils aber auch Finanzdienstleister expandierten neben ihrer global ausgerichteten Strategie auch auf dem afrikanischen Kontinent in Länder, die ihnen bis 1994 weitgehend verschlossen geblieben waren.

Im eigenen Land stellt sich die gesellschaftliche Wirklichkeit jedoch anders dar. Die Beschäftigungszahlen stagnieren, und die Arbeitslosenquote stieg ebenso wie die Zahl derer, die auf mehr oder weniger legale Weise im informellen Sektor ihr Überleben organisieren müssen. Die registrierte Arbeitslosigkeit liegt inzwischen bei deutlich über 30 Prozent. Die lang etablierte Textil- und Bekleidungsindustrie erlag grösstenteils dem Ansturm chinesischer Billigimporte. Öffentlich kommuniziert wird von diesen Zuständen in der Regel aber nur die hohe Kriminalitätsrate. Sie spielte auch in den Diskussionen über die WM eine Rolle. Zwei Sachverhalte werden hierbei gerne unterschlagen: Erstens sind seit dem Ende der Apartheid wohlhabende, zuvor weisse Wohngegenden nicht mehr hermetisch abgeriegelt – und deren EinwohnerInnen damit mehr mit Kriminalität und Gewalt konfrontiert als zuvor. Zweitens werden weiterhin deutlich

mehr Arme zu Kriminalitätsoffern als Reiche. Letztere haben sich in ihre Gated Communities und die Glitzerwelt der ebenfalls sorgfältig abgeschirmten Shopping Malls zurückgezogen, sie geniessen dort den Schutz privater Sicherheitsdienste.

Gegen die Ausgegrenzten

Anfang der 1990er Jahre erlebte Südafrika eine beispiellose gesellschaftliche Mobilisierung, die schliesslich das Apartheidregime an den Verhandlungstisch zwang. Die Menschen, die jahrzehntlang gekämpft hatten, um dies zu erreichen, haben sich allerdings mehr davon erhofft – vor allem die grosse Mehrheit, die den Aufstieg nicht geschafft hat. Viel intensiver als etwa im benachbarten Namibia artikulieren daher heute Gewerkschaften, Einwohnerorganisationen in der Tradition der Civics – der Basisorganisationen, die den Kampf der 1980er Jahre entscheidend geprägt haben – oder spontane Bewegungen den Protest. Erinnert sei an die Streiks auf den Stadion-Baustellen in der ersten Jahreshälfte 2009 oder an die häufigen Widerstandsaktionen gegen die Räumung von Wohnraum. Diese Räumungen geschehen zwar nicht mehr aufgrund des Group Areas Act, das unter Apartheid jeder rassistisch bestimmten Gruppe scharf abgegrenzte Wohngebiete zuwies. Heutzutage liegt die Ursache in Profitmaximierung und Bodenspekulation. Aber nicht ganz selten reagieren Betroffene mit eben jenen Aktionsformen, die sie während der Apartheid eingeübt haben. Es gibt Versammlungen, Demonstrationen und den eindrucksvollen Demonstrationstanz Toyi Toyi, um etwa gegen Zwangsräumungen vorzugehen.

ANC-Gewaltige, die jetzt in gewisser Weise auf die andere Seite geraten sind, reagieren darauf schon einmal mit Empörung und beklagen, hier seien Handlungsrituale von anderen angeeignet worden, die sie als ihre ureigenen ansehen. Man kann dies auch als eindrucksvollen Beleg dafür interpretieren, dass Bewegung und Partei sich ein Stück weit voneinander entfernt haben. Die Wahlerfolge des ANC hat dies allenfalls marginal geschmälert.

Allerdings kann der Sturz des Präsidenten Thabo Mbeki Ende 2008 als wichtiger politischer Einschnitt und als Ausdruck zunehmender sozialer Spannungen gesehen werden. Er ging auf die Enttäuschung vieler ANC-Kader zurück, vor allem des mit dem ANC noch immer in der Triple Alliance mitregierenden Gewerkschaftsverbandes COSATU und der Kommunistischen Partei SACP. Die Problematik zeigte sich ein gutes halbes Jahr später in ihrer ganzen Schärfe in der darauf folgenden Installierung Jacob Zumas an der Staatsspitze. Zumas Aufstieg beruhte ganz wesentlich darauf, dass der neue Kandidat vor allem als Politiker auftrat, der die kleinen Leute versteht, der ihre Sprache spricht und sie zumindest symbolisch ernst nimmt. (...) Ob die etablierte südafrikanische Linke – allen voran COSATU und SACP – ihrerseits gut beraten war, Zuma als Gegenfigur zu dem elitär und technokratisch auftretenden Mbeki zu unterstützen, ist fragwürdig – auch abgesehen von der mühsam abgesehenen Verurteilung wegen Vergewaltigung und noch immer nicht aufgeklärten, schweren Korruptionsvorwürfen.

Die heutigen Streiks und lokalen Konflikte in verschiedenen Townships unterstreichen, dass die gesellschaftlichen Konflikte virulent bleiben und sich vermutlich weiter zuspitzen. Dennoch: Die Leute scheinen ihrem neuen Präsidenten noch etwas zutrauen. Mitte Oktober 2009 brannten im Township Sakhile im östlichen Witwatersrand Autoreifen als Protest gegen die Korruption der Gemeindeverwaltung und die schlechten kom-

munalen Dienstleistungen. Auch hier artikuliert sich Frustration in Formen, die aus den Kämpfen der 1980er Jahre bekannt sind, freilich auch an die dunklen Seiten der Township-Kämpfe erinnern. Der Appell der Protestierenden richtete sich unmittelbar an den Präsidenten: Der sollte kommen und wie versprochen gegen Korruption und Ineffizienz selbst Hand anlegen. Wenige Wochen zuvor hatte ein ähnlicher Besuch Zumas in der Provinz Mpumalanga zur Einrichtung einer Telefon-Hotline für die BewohnerInnen geführt, die Basisnähe und Empathie des Präsidenten beweisen sollte. Es ist schwer vorstellbar, dass derartige symbolische Politik es längerfristig vermag, die Unzufriedenheit und den Protest einzudämmen.

Es gibt keinerlei Anlass, die bisherigen Protestausbrüche zu romantisieren oder gar zu unterstellen, es werde Druck in Richtung auf eine fortschrittliche politische und gesellschaftliche Wendung erzeugt. Denn die xenophoben Übergriffe im Frühjahr 2008, die teils pogromartige Züge annahmen, sprechen eine andere Sprache. Erst Mitte November 2009 wurden wieder Flüchtlinge aus Zimbabwe von ihren südafrikanischen Nachbarn aus ihren Häusern verjagt. 2008 waren die Opfer ebenfalls Flüchtlinge aus Zimbabwe und auch aus Somalia. Betroffen waren aber auch lang etablierte MigrantInnen-Gruppen aus Nigeria oder der Demokratischen Republik Kongo. Ihre Anwesenheit ist Ausdruck der Krisen in ihren Heimatländern ebenso wie des wirtschaftlichen Übergewichts Südafrikas auf dem Kontinent – und damit auch der Anziehungskraft, die das Land trotz aller eigenen Probleme nach wie vor ausübt. Manche KommentatorInnen verwiesen darauf, dass sich in den xenophoben Gewaltexzessen die Enttäuschung über das Ausbleiben adäquater staatlicher Leistungen ausdrücke. Auf diese glauben viele SüdafrikanerInnen Anspruch zu haben, nachdem sie das Apartheidregime in aufopferungsvollen, jahrelangen Kämpfen besiegt haben.

Wishful Thinking

Die Fussball-WM wird durch diese gesellschaftlichen Probleme vermutlich wenig beeinträchtigt werden. Die Begeisterung über das Grossereignis im eigenen Land ist weit verbreitet. Und auch diejenigen, die allenfalls auf die Rolle von Zaungästen beschränkt sein werden, sind zumeist stolz, dass Südafrika es schafft, dieses anspruchsvolle Grossereignis zu realisieren. Man darf gespannt sein, ob und wie diese durchaus massenhafte Faszination aufgenommen wird, ob das Ritual des Public Viewing verallgemeinert und bis in die Townships getragen oder auf die Inseln des Konsums und der abgeschotteten Glitzerurbanität eingeschränkt wird. Von dort können als Unruhestifter Verdächtige ohne grosse Schwierigkeiten ausgeschlossen werden, denn genau für einen solchen Ausschluss sind diese Inseln geschaffen.

Die BesucherInnen der WM, die aufgefordert werden, zwischen den gebuchten Spielen vielleicht einen Abstecher in die Nationalparks zu machen und wilde Tiere zu bestaunen, wird dies alles vermutlich kaum stören. Das muss kein Ausdruck von Zynismus sein, sondern ist in erster Linie Folge der systematischen Ausschliessung des einen Pols sozialer Ungleichheit aus der Sicht des anderen. Wenn nicht gerade einmal der Blick vom Panorama des Tafelbergs nach unten gleitet.

Reinhart Kössler arbeitet am Arnold Bergstrasser Institut, Freiburg und ist Mitglied der Redaktion der Peripherie sowie im Vorstand der Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA) e.V., Bonn. Mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift iz3w (www.iz3w.org).

Toskana, nah am Meer

www.toskana-biohof.de | 0039.0566.81478

Ökohof im Olivenhain,
weiter Blick, Stille;
große, helle Zimmer,
viele gute Bücher,
Haus oder Häuschen;
Kinderparadies.





Von den grossen Medien totgeschwiegen: Die kubanische Hilfe an Haiti. Auf dem Foto: Mitglieder der kubanischen Ärztbrigade «Henry Reeve» im Operationszelt.

Kuba und die Zensur der internationalen Medien

Lob oder Schelte – je nach je

Bei ihren internationalen Missionen haben Kubaner laut Weltgesundheitsorganisation bisher mindestens einer Million Menschen das Leben gerettet. Die Resonanz in der westlichen Welt hält sich in engen Grenzen. Auch im Fall von Haiti «vergessen» die Nachrichtenmacher durch die Bank, die kubanischen Mediziner und ihre Hilfe zu erwähnen.

Von Prof. John Kirk et al.

Das Erdbeben auf Haiti vom Januar 2010 hinterliess über 230 000 Tote, 1,5 Millionen Obdachlose und um die 3 Millionen Haitianerinnen und Haitianer, die durch das Erdbeben direkt in Mitleidenschaft gezogen worden waren – einen Drittel der Bevölkerung. Am 31. März 2010 versammelten sich Vertreter von mehr als 50 Regierungen und internationalen Organisationen auf der Internationalen Geberkonferenz der UNO und versprachen langfristige Hilfe für den Wiederaufbau des verwüsteten Landes. Auf der Konferenz ging Kuba die wohl ehrgeizigste und beeindruckendste Verpflichtung aller Länder ein – das gesamte nationale Gesundheitswesen Haitis wieder herzustellen. Aber während die Beiträge der Regierungen anderer Länder gelobt worden, schwiegen sich die Medien über das Engagement Kubas praktisch aus.

Das Ziel von Kubas Beitrag ist die komplette und nachhaltige Neugestaltung eines dreistufigen haitianischen Gesundheitssystems. Dabei sollen die Erfahrungen Kubas in der medizinischen Grundversorgung als Modell dienen und gleichzeitig mit der Ausbildung zusätzlicher haitianischer Ärzte auf Kuba die notwendigen personellen Ressourcen geschaffen werden.

Ehrgeiziger Plan

Zusammengefasst sehen die ehrgeizigen Pläne Kubas folgendes vor:

- Auf der Stufe der Grundversorgung werden 101 Kliniken geschaffen, die jährlich etwa 2,8 Millionen Patienten behandeln, 1,3 Millionen Notfall-Operationen durchführen, die Geburt von 168 000 Babys sichern und um die 3 Millionen Impfstoffe abgeben sollen.

- Die sekundäre Stufe sieht die Bereitstellung von 30 kommunalen Spitälern vor. Ihre Kapazitäten sollen ausreichen für die Behandlung von jährlich 2,1 Millionen Patienten, für 1 Million Not-Operationen, 54 000 geplante Eingriffe, 276 000 Elektrokardiogramme, über hunderttausend Zahnuntersuchungen, 144 000 Ultraschalldiagnosen und 487 000 Laboruntersuchungen. Aufgrund der gros-

sen Anzahl von Patienten mit multiplen Verletzungen werden 30 Rehabilitationszentren geschaffen, die jährlich 2,4 Millionen therapeutische Behandlungen für 520 000 Patienten gewährleisten sollen.

- Die tertiäre Stufe des Gesundheitssystems bildet das Nationale Haitianische Spezial-Krankenhaus, für welches 80 kubanische Spezialisten zur Verfügung stehen. Das Spital wird verschiedene Kliniken beherbergen und für Forschung und Lehre sowie für die Weiterbildung von haitianischen Fachkräften dienen, welche die kubanischen Spezialisten nach und nach ablösen sollen.

- Und schliesslich sieht der kubanische Plan auch die Schaffung von weiteren 312 Stipendienplätzen für haitianische Medizinstudenten auf Kuba vor.

Langfristiges Engagement

Es ist zu unterstreichen, dass es sich hier nicht um neue Versprechen oder einmalige Vorhaben Kubas handelt, sondern um die Weiterführung einer medizinischen Unterstützung, die bereits seit elf Jahren kontinuierlich gewährt wird und die sich nach dem Erdbeben nun dramatisch verstärkt hat. So weit bereits seit 1999 eine kubanische medizinische Brigade auf Haiti, die gemäss Angaben des kubanischen Aussenministers Bruno Rodriguez schon vor dem Erdbeben «in 127 der 137 Gemeinden Haitis tätig war, bisher 223 442 Menschen das Leben gerettet, 14 Millionen Menschen behandelt, 225 000 Operationen durchgeführt und die Geburt von 109 000 Babys unterstützt hat». Zudem ist ein Grossteil des versprochenen Programms nach dem Beben gleich umgesetzt worden: bereits funktionieren 23 der 101 vorgesehenen Einrichtungen der medizinischen Grundversorgung, 15 Spitäler und 21 Rehabilitationsstationen.

Trotz Blockade

Die Kosten der kubanischen Programms für einen Zeitraum von zehn Jahren wird auf 690,5 Millionen Dollar geschätzt wird – bei einer Annahme von etwa der Hälfte der internationalen Preise für Dienstleistungen diese Art. Das ist ein grosser Betrag für

ein kleines Entwicklungsland mit einer Bevölkerung von etwas über elf Millionen, für ein Land zudem, das durch seinen übermächtigen Nachbarn seit einem halben Jahrhundert einer lähmenden Wirtschaftsblockade unterworfen wird. Der kubanische Beitrag ist umso bemerkenswerter, wenn man ihn mit der Unterstützung anderer Länder, insbesondere der grossen Industrieländer vergleicht. So setzt Kuba für seine Hilfe an Haiti im Vergleich zum Bruttosozialprodukt 152 mal mehr ein als die USA, welche 1,15 Milliarden Dollar gesprochen haben. Von den andern G7-Staaten hat die ehemalige Kolonialmacht Frank-



Zusammenschlüssen und Finanzinstituten erhalten.

Weil nicht ist was nicht sein darf

Während die andern noch Geld versprechen, ist Kuba bereits aktiv daran, ein nachhaltiges Gesundheitssystem zu schaffen, das 75% der haitianischen Bevölkerung betreuen und Hunderttausenden das Leben retten wird.

Und dennoch: Trotz des ausserordentlichen Wertes dieses Engagements wird es durch die US-Mainstream-Medien weitgehend ignoriert. So schafften es fünf der grössten US-Medien (CNN, New York Times, Boston Globe, Washington Post und Miami Herald) während zehn Tagen zwar insgesamt 38 Berichte über die Internationale Geberkonferenz zu veröffentlichen und dabei 22 mal die Unterstützung der USA zu preisen, Kuba hingegen nur in einem einzigen Artikel (Miami Herald) überhaupt zu erwähnen.

Die geringe Anzahl von Publikationen insgesamt zeigt auch deutlich auf, dass die Katastrophe bereits aus dem Zentrum des medialen Interesses gerückt war. Dabei hätte die Konferenz und das Zusammentreffen einiger der wichtigsten Entscheidungsträger der Welt durchaus eine grössere Aufmerksamkeit verdient – ganz zu schweigen vom ausserordentlichen Beitrag Kubas.

Auch eine Untersuchung der ersten fünfzig Artikel, die mit der Suchmaschine Google unter dem Suchbegriff «United Nations Haiti Donor Conference» erscheinen, ergibt bloss eine zweimalige Nennung Kubas. Einmal wird auf den seltenen Fall hingewiesen, dass auf Haiti kubanische und US-amerikanische Beamten zusammen arbeiten. Im Gegensatz dazu diskutieren 31 der 50 Artikel die Beiträge der entwickelten Länder an der Geberkonferenz, 21 beschäftigen sich speziell mit der Rolle der USA und 9 davon erwähnen den US-Beitrag von 1.15 Milliarden Dollar.

Die Rolle der USA wird überhöht

Tatsächlich zeigt eine Analyse des Inhalts der Artikel, dass insbesondere die Hilfe der USA an Haiti hervorgehoben wird. Diese wird gleichbedeutend oder grösser dargestellt als jene der UNO. In einem Artikel heisst es: «Die wichtigsten Zusagen kamen aus den USA und der EU.» Auch wenn man die absoluten Zahlen zu diesem Vergleich heranzieht, ist er falsch: Allein die Zusage aus Venezuela betrug 2.4 Milliarden Dollar.

Ein weiteres gemeinsames Thema in der Berichterstattung war das Fehlen von Hilfe aus anderen Ländern. Wird einerseits die Hilfe der USA überhöht, werden andere Länder verunglimpft. In einem Artikel heisst es beispielsweise: «Die USA versprochen 1.15 Billionen Dollar, zusätzlich

zu den bereits gesprochenen 900 Millionen. China hingegen versprach 1.5 Millionen, ja, ja, mit einem M, neben den 14 Millionen Dollar, die es bereits überwiesen hatte.»

Nur Negativmeldungen schaffen die Zensur

Es gibt einen dramatischen Kontrast zwischen dem Verschweigen des ausserordentlichen Beitrags, den Kuba an Haiti leistet, und der enormen Aufmerksamkeit, den dieselben Medien den angeblichen Menschenrechtsverletzungen in diesem Land widmen. Buchstäblich Dutzende von Artikeln zu diesem Thema sind in den letzten Wochen erschienen. Von besonderem Interesse für die Medien war der Tod von Orlando Zapata Tamayo (eines inhaftierten «Dissidenten» mit Strafregister, der während 80 Tagen das Essen verweigerte und starb) und der Hungerstreik von Guillermo Fariñas. Die Veröffentlichungen und Diskussionen über Zapatas Tod halten an und das tragische Ereignis wird zum Sprungbrett für die wachsende Kritik an der kubanischen Regierung. Dieselben fünf Medien, welche die Hilfe Kubas an Haiti komplett unter den Tisch gewischt hatten, hielten sich in der Zeit vom 10. Februar bis zum 9. April schadlos: So brachte es die CNN auf 5, die NYT auf 7, die Washington Post auf 13, der Boston Globe auf 4 und der Miami Herald auf insgesamt 48 Publikationen zu den Hungerstreiks.

Die unterschiedliche mediale Gewichtung der Rolle Kubas auf Haiti und der Hungerstreiks ist beeindruckend und zeigt den offensichtlichen Mangel an Interesse, positive Informationen über Kuba zu verbreiten, während gleichzeitig der Appetit, Kuba zu kritisieren, drastisch zunimmt. Statt über die äusserst wichtigen und topaktuellen Bemühungen zu informieren, die auf eine Verbesserung der Lebensqualität von 75% der haitianischen Bevölkerung abzielen, haben es die Medien vorgezogen, den Fokus auf die individuellen Fälle von zwei Menschen zu richten, die sich aus eigenem Willen auf einen selbstmörderischen Pfad begeben haben. Ganz offensichtlich mit dem Ziel, die kubanische Regierung mit der Berichterstattung über das Schicksal von zwei Individuen, die zu oppositionellen Märtyrern erhoben werden, in Verlegenheit zu bringen.

Ebenso offensichtlich ist das Vorhandensein eines Medien-Filters, der sämtliche Informationen, die Kuba in einem positiven Licht erscheinen lassen könnten, aus den Medien fernhält – wie in unserem Fall das kubanische Engagement im Wiederaufbau von Haiti.

Infotainment als Siegerin

Vergleichen wir die journalistische Gewichtung einerseits der Rolle Kubas in der Entwicklung von Haiti und andererseits der Geschichte der beiden «Dissidenten», geht das politisch voreingenommene «Infotainment» als klare Siegerin hervor. Es ist traurig (war aber wohl nicht anders zu erwarten), dass sich die Medien der «entwickelten Welt» in der Berichterstattung über Kuba auf Randerscheinungen konzentrieren, während sie gleichzeitig die erwähnenswerte Verbesserung der Lebensbedingungen von Millionen von Haitianern ignorieren (und dafür den Beitrag der USA über den Klee loben). Erneut liegt uns damit ein Beispiel für die selektive Lobpreisung der USA und die ebenso selektive Verteufelung Kubas durch die nordamerikanischen Medien vor.

John Kirk ist Professor für Lateinamerikanische Studien an der Dalhousie Universität, Kanada. Co-Autoren: Norman Givan und Emily Kirk. (Cuba-L-Direct, Übersetzung Martin Schwander. Text mit Quellenhinweisen: www.counterpunch.org/kirk04162010.html)

Die Interessen hinter den Zäunen

Eine Wolke über Jerusalem

Die Siedlungen wachsen die ganze Zeit über schnell. Überall auf der Westbank und in Ost-Jerusalem schießen Siedlungen wie giftige Pilze aus dem Boden und vergiften die Chancen des Friedens. Hier gab es nie Unterschiede zwischen Golda Meier und Menachem Begin, Ehud Barak und Ariel Sharon, Shimon Peres und Binyamin Netanyahu, meint unser israelischer Freund Uri Avnery.

Von Uri Avnery

Jeder hat das Recht, seine Meinung zu ändern. Sogar Danny Tirze.

Oberst Tirze ist verantwortlich für den Bauplan der Mauer, die Jerusalem «umschlingt» – die Mauer, die die Stadt von der Westbank abschneidet, damit es die «Hauptstadt Israels für alle Ewigkeiten» wird.

Und jetzt auf einmal taucht Tirze als Hauptgegner der Mauer auf, die er selbst geplant hat. Er möchte sie verändern, um das Land von Al-Walaha auf «israelischer» Seite zu lassen.

Der Oberst hat aufgehört, im Namen der Armee zu handeln und handelt nun im Namen privater Unternehmer, die dort 14 000 Wohneinheiten für 45 000 Juden bauen wollen. All dies natürlich zum Wohl des Zionismus, des jüdischen Volkes, für Israels ewige Hauptstadt und für zig Millionen Schekel.

Es geht um Geld – eine Menge Geld

Oberst Tirze ist nicht irgendjemand. Er ist ein Symbol.

Seit Jahren treffe ich ihn in den Räumen des Obersten Gerichts. Er gehört fast zum Inventar: der Starzeuge, der Experte und der bewegende Geist bei vielen Sitzungen, in denen es um die Trennungs- und Annexionsmauer geht.

Er kennt alles. Jeden Kilometer der Mauer und des Zaunes. Jeden Hügel, jeden Stein. Er trägt immer ein dickes Bündel von Karten mit sich, die er vor den Richtern ausbreitet, während er ernsthaft erklärt, warum die Mauer hier und nicht dort entlang laufen muss, warum die Sicherheit des Staates verlangt, dass die palästinensischen Dörfer von ihrem Land getrennt werden müssen, dass ein Olivenhain, den man in den Händen seines Besitzers lässt, eine tödliche Gefahr für die israelischen Soldaten bedeutet.

Gewöhnlich werden die Richter überzeugt. Schliesslich ist er der Experte. Er ist der Mann, der alles kennt. Wie könnten sie die Verantwortung übernehmen, die Route der Mauer zu verändern, wenn dadurch Juden getötet werden könnten?

Es gibt Ausnahmen. Beim Dorf Bilin wurde das Gericht überzeugt, dass der Zaun ein paar hundert Meter verschoben werden kann, ohne dass die Sicherheit des Staates zusammenbrechen und die Landschaft von jüdischen Leichen übersät sein würde.

Deshalb akzeptierte der Oberste Gerichtshof das Plädoyer der Dorfbewohner und entschied, den Zaun zu verschieben und – nichts geschah. Der Zaun blieb, wo er war. Die Regierung und das Militär ignorierten die Gerichtsanordnung.

Vergeblich ermahnte sie die Gerichtspräsidentin, dass ihre Entscheidungen «keine Empfehlungen seien». Wie Dutzende andere Gerichtsentscheidungen, die die Siedler betreffen, verstauben sie.

Der Fall Bilin ist besonders auffällig, und nicht nur wegen der Demon-

fen die «Wohneinheiten» für ein Vermögen.

Wie geschieht das? Die Öffentlichkeit erhält gerade eine Lektion in Form der Holyland-Affäre – eine Lektion in Fortsetzungen. Jeden Tag tauchen neue Details und neue Verdächtige auf.

Anstelle eines alten und bescheidenen Hotels mit diesem Namen schießt ein gigantisches Hausprojekt aus dem Boden – eine Reihe Hochhäuser und ein Wolkenkratzer. Das hässliche Monster beherrscht die Landschaft –



«So wie der nahe Djebel-Abu-Ghneim zu Har Homa wurde, bevor der Schandfleck des Monsterhausprojektes dort errichtet wurde, so wird Al-Walaha jetzt zu Givat Yael.» Die Siedlung Har Homa in der Nähe von Bethlehem (Foto Archiv).

tranten – Palästinenser, Israelis und andere – die dort getötet und verletzt wurden. Es ist auffällig, weil man das Motiv, das sich hinter dem Zaun zu verbergen versucht, leicht erkennt.

Nicht Zionismus. Nicht Sicherheit oder Verteidigung gegen Terroristen. Nicht die Träume von Generationen. Nicht die Vision Theodor Herzls, dessen 150. Geburtstag jetzt gefeiert wird.

Es ist nur Geld, eine Menge Geld.

Das Gebiet, das zwischen dem jetzigen Zaun und der alternativen Route liegt, ist bestimmt für die orthodoxe Siedlung Modiin-Ilit. Riesige Unternehmen sollen dort viele Hunderte von «Wohneinheiten» bauen, ein Geschäft das viele Millionen wert ist.

Überall werden die den Palästinensern gestohlenen Ländereien sofort zu Immobilien. Sie gelangen durch mysteriöse Kanäle in die Rachen von Grundstückshaien. Diese Haie bauen dort riesige Hausprojekte und verkaufen

aber der Teil des Projektes, der von Ferne gesehen werden kann, ist nur ein Teil des ganzen. Die anderen Teile des Projektes haben schon den Segen aller relevanten Gemeinde- und Regierungsbehörden erhalten.

Wie? Die gerichtlichen Untersuchungen gehen weiter. Fast jeden Tag werden Verdächtige verhaftet. Fast jeder, der etwas mit der Genehmigung des Projektes zu tun hat, bis zu den höchsten Rängen ist verdächtig – Minister, ranghohe Regierungsvertreter, der frühere Bürgermeister, Mitglieder des Stadtrates, Gemeindevertreter. Im Augenblick laufen die Ermittler dem Bestechungsgeld in aller Welt hinterher.

Holyland liegt in West-Jerusalem, das vor 1948 ein arabischer Stadtteil war.

Grundstückhaie lauern

Die Frage stellt sich von selbst: wenn sich Dinge in dieser Weise im Westen der Stadt ereignen, was geschieht dann erst im Osten? Wenn diese Politiker und Offiziellen zu stehlen wagen und Bestechungsgelder in West-Jerusalem nehmen, was erlauben sie sich dann in Ost-Jerusalem, deren Bewohner keine Vertretung haben, weder im Stadtrat noch in der Regierung?

Nur ein paar Minuten Autofahrt liegen zwischen Holyland und dem Dorf von Walaha.

Man könnte Bände über dieses kleine Dorf schreiben, das seit mehr als 60 Jahren als Missbrauchobjekt gedient hat.

Kurz: das ursprüngliche Dorf wurde im 1948er-Krieg besetzt und von Israel annektiert. Die Bewohner wurden vertrieben und gründeten ein

neues Dorf auf einem Teil ihres Landes, das auf der anderen Seite der Grünen Grenze blieb. Das neue Dorf wurde im 1967er Krieg besetzt und Jerusalem angeschlossen, das wiederum Israel angeschlossen wurde. Nach israelischem Gesetz waren die Häuser illegal. Die Bewohner leben in ihren eigenen Häusern, auf ihrem eigenen Land – werden aber offiziell als illegale Bewohner angesehen, die jederzeit vertrieben werden können.

Jetzt schielen die Grundstückshaie auf dieses Stück Land, das einen hohen Geldwert hat. Sie folgen der bewährten zionistischen Routine. Zunächst wurde der arabische Name des Ortes in einen rein hebräischen verwandelt, am liebsten in einen bibli-

sen schnell Freundschaften mit Likud- und Laborführern, und natürlich auch mit der Kadima-Mannschaft.

Die massiven Siedlungen in Ost-Jerusalem – die schon existierenden und die geplanten – schreiten auf derselben Linie voran wie das Monster auf dem Holyland-Hügel, und sie benötigen dieselben Genehmigungen von denselben Gemeinde- und Regierungsbehörden. Jerusalem ist schliesslich vereinigt worden. Deshalb schwebt dieselbe dunkle Wolke über ihnen.

Was notwendig wäre, ist eine juristische Untersuchungskommission, um alle Genehmigungen zu prüfen, die in Jerusalem während der letzten Jahre vergeben wurden, sicher von Beginn der Amtszeit Ehud Olmerts als Bürgermeister. Olmert kämpfte wie ein Tiger für die Errichtung von Har Homa und die anderen Siedlungen in Ost-Jerusalem. Alles dem Zionismus zuliebe und der jüdischen Herrschaft über die Heilige Stadt. Jetzt ist er der Verdächtige Nr.1.

Alles muss untersucht werden von Anfang an. Und jedes neue Projekt muss gestoppt werden, bis seine Korrektheit ohne jeden Zweifel hergestellt ist.

Auf Kosten der Zukunft

Diese Dinge sind an sich schon gravierend genug, und sie werden noch gravierender, wenn sie im Zentrum des israelisch-palästinensischen Konfliktes und der Israel-USA-Krise liegen.

Um der israelischen Hausprojekte willen gefährdet die Netanyahu-Regierung unsere Rettungsleine zu den USA. Der extrem-rechte Bürgermeister erklärt, dass ihm die Regierungsorder piepegal sei, er würde überall weiterbauen, ob Netanyahu dies mag oder nicht. Die Palästinenser weigern sich natürlich, mit der israelischen Regierung zu verhandeln, während die Bauaktivitäten in Ost-Jerusalem weitergehen.

Werden wir die Zukunft Israels für Generationen gefährden, nur damit Landhaie Milliarden einnehmen können? Sind unter den «Patrioten», die in Ost-Jerusalem bauen, gewählte und ernannte Offizielle, die sich von den Bauherren hohe Bestechungsgelder erhoffen?

Gibt es da eine direkte Verbindung zwischen der wildwuchernden Korruption, von der die Holyland-Affäre nur die Spitze des Eisberges ist, und historischen nationalen Entscheidungen?

Kurz gesagt: wird die Zukunft des heiligen Landes auf dem unheiligen Altar korrupter Profite geopfert?

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert und von der UW mit Zwischentiteln versehen)

Café Palestine

مقهى فلسطين

Kultur, Geschichte und ethnische Informationen Palästina

Restaurant Zähringer, Predigerplatz, Zürich
Jeden letzten Sonntag des Monats 18 Uhr
(Ab 12 Uhr palästinensisches Essen)

Sonntag 30. Mai 2010

1948 – 1982

„Legitimierte Vertreibung?“

16:00 Buchvernissage

„Israel in Palästina –

Wegweiser zur Lösung“

von und mit Alfred Rudolf

27. Juni

1982 – 2010

Widerstand – Frieden, eine Illusion?

www.cafepalestine.ch

Redaktionsschluss

dieser Nummer:

5. Mai 2010

SCHWEIZERISCHE FRIEDENSBEWEGUNG
MOUVEMENT SUISSE DE LA PAIX
SWISS PEACE MOVEMENT Member of World Peace Council



Besuchen Sie uns im Internet:
www.friedensbewegung.ch



1961 an den Arbeiterfestspielen im Bezirk Magdeburg der DDR: Eingeladen vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund FDGB singen die Basler Friedenssängerinnen und -sänger der Singgruppe «Unser Lied» schweizerische Volkslieder. Foto Fotostudio Mahlke.

60 Jahre Singgruppe Basel

Jubiläum und Abschied

Mit einem bunten Programm aus politischen Liedern, Kabarett und Liedern rund um den Globus feiert die Singgruppe Basel am 19. Juni 2010 ab 17.00 Uhr im Restaurant «Zum alten Warteck» ihr 60-jähriges Jubiläum.

Von Minka Hofer

Gegründet wurde die Singgruppe Basel im Dezember 1950 als gemischter Chor «Unser Lied». Es wurde damals den Mitgliedern des Baslertheaters, Robert Trösch und seinen Freunden, verboten an Veranstaltungen der Partei der Arbeit zu singen und darum wurde eine eigene Gruppe geschaffen. In den ersten Jahren wurden vor allem Arbeiter- und Friedenslieder einstudiert und damit begleitete die Singgruppe 60 Jahre lang die Anlässe der ihr nahe stehenden Organisationen. Voller Freude und Enthusiasmus sangen die Sängerinnen und Sänger an Veranstaltungen und Feiern der Schweizerischen Friedensbewegung, der Partei der Arbeit, der Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt, der AVIVO, der Freidenker und der Naturfreunde. Wie heisst es doch im Lied, das der böhmische

Dichter Louis Fürnberg den Basler Sängerinnen und Sängern gewidmet hatte: «Wir wollen die Freude vermehren, die Freude der Arbeiterwelt.»

Unvergesslich bleiben die Reisen der Singgruppe nach Lyon, nach Strassburg, an das «Fête de l'Humanité» in Paris, die Auftritte an den Arbeiterfestspielen 1961 in Magdeburg und Umgebung, sowie in Eisenach, in der Tschechoslowakei, Finnland und Dänemark. Eine Gruppe war auch in Moskau, wo sie im Bolschoi-Theater zusammen mit der Singgruppe Zürich schweizerische Volkslieder gesungen hat. Und am Unspunnenfest in Interlaken.

Seit 1978 Mitglied des Schweizerischen Arbeiter-Sängerverbandes (SAS) nahm die Singgruppe teil an den Schweizerischen und regionalen Gesangsfesten in Olten, Zürich, Luzern, Laufenburg, Pratteln und Bern, wo sie mit befreundeten Chören

der Arbeiterbewegung aus der ganzen Schweiz Austausch pflegte.

Gute Kameradschaft und Hilfsbereitschaft untereinander prägten die Jahre des Zusammenseins.

Leider lassen die Kräfte der Chormitglieder altershalber immer mehr nach. Auch hat die Gruppe in den letzten Jahren viele Singkameraden durch den Tod verloren.

Mit dem letzten Fest am 19. Juni möchten sich alle Sängerinnen und Sänger von ihren Gönnern und Freunden nach 60 Jahren aktiven Wirkens verabschieden.

Die Singgruppe Basel freut sich auf alle, die an diesem Abend dabei sein werden.

«Ist einer mal traurig, so lachen wir hell

das Lachen von vielen klingt fröhlich wie ein Quell

hilft einer dem andern, wird schweres so leicht

es hat Kameradschaft das Ziel stets erreicht.»

Minka Hofer ist langjährige Dirigentin der Singgruppe Basel.



Die Singgruppe Basel im Dezember 2007 am Weihnachtsfest der Basler AVIVO mit Chorleiterin Minka Hofer (hinten rechts). Der Chor trat in seinem sechzigjährigen Bestehen unter anderem an Veranstaltungen der PdA, der Freidenker, der Naturfreunde, der Schweizerischen Friedensbewegung, der Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt und verschiedener Gewerkschaften auf. Die Singgruppe präsentierte sich auch im Ausland, so beispielsweise am «Fête de l'Humanité» in Paris, als der Chor trotz Stromausfalls ohne Licht und Lautsprecher eisern weitersang und riesigen Applaus erntete (aus «Unsere Welt», November 2000). Foto zvg.

Vor 21 Jahren in «Unsere Welt»

Singgruppe Basel in Troznov

Vom 15. – 17. September 1989 nahm die Singgruppe Basel mit einigen andern Friedensfreunden teil an einem 5-Länderfriedensstreifen in Troznov (CSSR) in der Nähe der Stadt Cesc Budejovice (Budweis). Unser langjähriges Redaktionsmitglied Marta Martin, selbst Sängerin im Chor, berichtete darüber in der UW vom November desselben Jahres.

Von Marta Martin

Eigentlich ist es ein traditionelles Treffen der Friedenskräfte aus der BRD, DDR, Österreich, Tschechoslowakei und der Schweiz. Schon vor fünf Jahren war die Singgruppe dabei, und zwar in Znoimo bei Bratislava, eingeladen vom tschechoslowakischen Friedensrat.

Mit der Eisenbahn über Nürnberg, Cheb, fuhren wir vorerst mal nach Prag, wo wir noch Zeit hatten, den Hratschin (Prager Burg) zu besuchen, und einen schönen Bummel über die Karlsbrücke zum Altstätterring und dem Wenzelsplatz zu machen.

Trotz dem regnerischen Wetter war es eine interessante Fahrt mit dem Car nach DUBY, einem Sportcamp, an einem idyllischen See gelegen, wo wir unsere Unterkunft in kleinen romantischen Häuschen beziehen konnten.

Am Samstag, das Wetter war ideal, war grosser Friedensbazar in Borovany, und auch erster Auftritt der

Am Abend fand ein gemütliches Zusammensein statt, mit rassisger tschechischer Musik und lüpfigen Tänzen, vorgetragen von Tanzgruppen mit wunderschönen Trachten aus der Gegend Südböhmens. Die Singgruppe Basel hat auch hier mitgewirkt mit ein paar Friedens- und Volksliedern, eines mit Talerschwingen, und zum Abschluss noch zwei tschechische Volkslieder, was einen totalen Höhepunkt ergab. Ohne zu übertreiben, möchte ich jedem Chor gönnen, einmal so einen Erfolg zu haben. Sicher auch ein schönes Gefühl für unsere Chorleiterin Minka Hofer.

Drei Fragen an Minka

Was waren Deine Beweggründe, Dirigentin der Singgruppe zu werden?

Die Liebe zur Musik hat mich schon in meiner Kindheit zum Mitsingen in Chören geführt. In der Singgruppe Basel habe ich den Chor gefunden mit dessen Liedern ich mich identifizieren konnte. In der Aufgabe die Leitung der Singgruppe zu übernehmen, sah ich eine Möglichkeit mich in der Schweiz aktiv politisch und kulturell zu betätigen.

Wenn du an Deine jahrelange Tätigkeit zurückdenkst, an was erinnerst Du dich besonders, was waren Eure grössten Erfolge?

Die wichtigsten Auftritte für mich waren 1989 während einer Reise in die Tschechoslowakei mit der Delegation der Schweizerischen Friedensbewegung, wo auch das Publikum mit uns mitsang und 1995 beim internationalen Sängerfest der SAS in Bern. Unvergesslich war auch der Gedenkabend für Hanns Eisler und Paul Robeson 1998 in Basel.

Dein Lieblingslied?

Mein Lieblingslied ist «Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Friede ist kein Geschenk» von Hanns Eisler nach dem Text von Ernst Fischer aus dem Jahre 1949. Um dieses Lied zu erlernen mussten wir in der Singgruppe viele Stunden investieren und wurden dann aber durch die gelungene Aufführung am Hanns Eisler Gedenkabend reich belohnt.

Jubiläumsfeier 60 Jahre Singgruppe Basel

19. Juni 2010



Restaurant zum Alten Warteck
Saalöffnung: 16.00 Uhr
Beginn: 17.00 Uhr
Eintritt frei

Singgruppe mit einigen Friedens- und Volksliedern. Später formte sich dann ein langer bunter Friedensmarsch Richtung Troznov. Nach etwa einer Stunde Wanderung durch den schönen Böhmerwald fand sich die grosse Schar (zirka 15 000) in einer Waldlichtung zusammen. Unter dem Motto «Für ein gemeinsames europäisches Haus, für Abrüstung in Europa», wurden die Ansprachen gehalten.

59. Jahrestagung der SFB

Sonntag, 30. Mai 2009

Restaurant Rheinfelderhof Basel – Saal 1. Stock
Hammerstr. 61 (Haltestelle Clarastrasse)
vom Bahnhof mit Tram Nr. 2 an Messeplatz,
dann 1 Station Richtung Claraplatz mit Nr. 6, oder 5 Minuten zu Fuss

Beginn 10.30 Uhr

Traktanden:

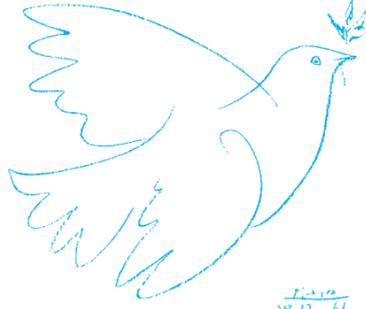
Jahresberichte Sekretariat
Redaktion
Kassier / Revisoren

Programm 2010/11

Unsere Welt
UNO-Weltfriedenstag am 21. September
Ostermarsch 2011, wie weiter?
Veranstaltungen / Aktionen
Anregungen / allg. Diskussion

Zwischen ca. 12.30 Uhr und 14.00 Uhr: Pause, Mittagessen im Restaurant möglich

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann man helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis Exemplare «UNSERE WELT».

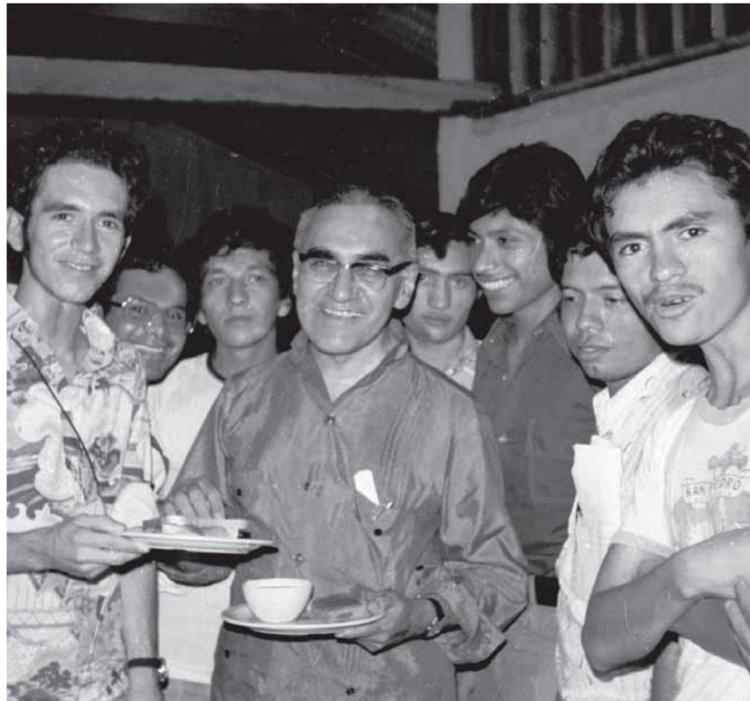
Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____



Oscar Romero (Bildmitte) sah die Kirche an der Seite der Armen – sehr zum Verdruss von Teile des katholischen Klerus. Foto: Archiv Christliche Initiative Romero

Vor 30 Jahren ermordet: Monseñor Romero Heiliger des Volkes

Die Ermordung des salvadorianischen Erzbischofs Oscar Romero am 24. März 1980 war die Initialzündung für einen 12 Jahre dauernden Bürgerkrieg in dem mittelamerikanischen Land. Bis heute wird Romero von katholischen Gläubigen verehrt. Der Vatikan tut sich derweil schwer mit dem unbequemen Geistlichen – und verschleppt systematisch dessen Seligsprechungsprozess.

Von André Hagel

Die kleine Abzweigung von der Calle Toluca führt unvermittelt in eine Sackgasse. Und mitten in die Ruhe hinein. Der Abend neigt sich über San Salvador. Noch hat die Hauptstadt El Salvadors, in deren Ballungsraum etwas über zwei Millionen Menschen leben, ihren Motor nicht heruntergefahren. Noch pulsiert sie. Blechkarawanen ziehen ihre Spuren über die Haupttrouten der Kapitale. Mit dem Einbiegen in die Stichstrasse, die in einem Wenderund mit Autostellplätzen ausläuft, lässt man all das unversehens hinter sich.

Das Gelände des Hospitals La Divina Providencia, eines Krebsspitals der Karmeliterinnen, ist ein stiller Ort. Das Areal mit seinem Ensemble verschiedener, in ihrer Anlage überschaubarer Gebäude bietet keinen Raum für einen mehr als dezenten Geräuschpegel. Alles Laute wäre hier deplatziert. Selbst der Gesang, der in der Kapelle des Hospitals anhebt, wo gerade ein Abendgottesdienst stattfindet, klingt zurückhaltend aus dem freistehenden weissen Bau, trotz geöffnete Haupttür.

So wie an diesem Abend mag es auch am 24. März 1980 gewesen sein. Einem Tag, der den Ort bis heute prägt: Am Abend jenes Märztags vor 30 Jahren zerriss ein einzelner Schuss die Ruhe des Areals. Während in der Kapelle Monseñor Oscar Arnulfo Romero, Erzbischof von San Salvador, die Heilige Messe zelebrierte, hielt vor dem in seiner streng geometrischen Form modern wirkenden Gebäude ein viertüriger Volkswagen.

Unmittelbar danach traf Romero, der in diesem Moment am Altar eine Hostie in die Höhe hielt, eine von einem Scharfschützen abgefeuerte Hochgeschwindigkeitskugel, Kaliber 22, ins Herz. Der Todesschütze und sein Fahrer waren ebenso schnell wieder verschwunden, wie sie auf der Bildfläche aufgetaucht waren.

Leidenschaftliche Parteinahme

Rechtsgerichtete Kreise in El Salvador gaben im März 1980 den Auftrag, Oscar Romero aus dem Weg zu räumen. Teile der salvadorianischen Oligarchie duldeten die Tat. Ermordet wurde der Vorsitzende der salvadorianischen Bischofskonferenz, weil er Rechtlosigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung in seinen Predigten beim Namen nannte. Weil seine leidenschaftliche Parteinahme für die Armen mehr und mehr zum Stachel im Fleisch der Mächtigen El Salvadors wurde. Am Ende wollten sie ihn nicht mehr länger hinnehmen, fassten den Plan zum Attentat, sandten den Mörder.

Noch am Abend vor seinem gewaltsamen Tod, der den Auslöser für einen bis 1992 dauernden Bürgerkrieg mit 75 000 Toten in El Salvador bildete, hatte Oscar Romero sich in einer Predigt direkt an die Soldaten des Militärregimes gewandt. «Ihr tötet in den Campesinos eure eigenen Brüder und Schwestern!», hielt er ihnen Gräueltaten des Militärs an Kleinbauern vor. Der Erzbischof appellierte an das Gewissen der Soldaten: «Kein Soldat ist gezwungen, einem Befehl zu folgen, der dem göttlichen Gesetz wider-

spricht. Niemand muss ein unmoralisches Gesetz erfüllen. Es ist an der Zeit, dass ihr eurem Gewissen folgt und nicht sündigen Befehlen!» Deutlicher konnte man den Charakter der salvadorianischen Junta, die Massaker und Menschenrechtsverletzungen des Regimes nicht brandmarken. Mit seinen Worten hatte Oscar Romero klargestellt, dass die Legitimation des Militärs und seiner Junta lediglich auf blanker Gewalt und auf Terror gründete. Sein Hinweis an die Soldaten, dass niemand einer solchen Ordnung und ihren Befehlen länger verpflichtet sei, bedeutete nichts weniger als die vollständige Verwerfung des Regimes.

Persönliche Umkehr

Als Romero 1977 sein Amt als Erzbischof San Salvadors antrat, war er noch weit entfernt von einer solchen radikalen Position. Der Kirchenmann galt sowohl in theologischer als auch in politischer Hinsicht als konservativ. Er sympathisierte mit den Ideen des Opus Dei, war für den Posten des Erzbischofs der Favorit von Rechten und Oligarchen. Doch zunehmend schärfte sich sein Blick für die soziale Ungerechtigkeit in El Salvador, für die Unterdrückung gesellschaftlicher Reformen, für politisch motivierte Morde von Militär und Todesschwadronen.

Ein Massaker an Demonstranten in San Salvador sowie der Mord an einem Freund, dem Jesuiten und Befreiungstheologen Rutilio Grande, lösten 1977 schliesslich eine persönliche Umkehr aus: Aus Romero wurde ein Geistlicher, der sich ebenfalls durch die Befreiungstheologie inspirieren liess und der die Kirche an der Seite der Armen sah. Die Kritik an Reichtum und sakrosankt gehaltenem Privateigentum als dem «grossen Übel» El Salvadors hielt ebenso Einzug in seine Predigten wie die Brandmarkung von Folter, Verschwindenlassen, Mord und anderen Menschenrechtsverletzungen. «Eine Kirche, die sich nicht die Sache der Armen zu eigen macht, um von den Armen aus das Unrecht anzuklagen, das man an ihnen begeht, ist nicht die wahre Kirche Jesu Christi», spitzte Romero in einer Predigt vom 17. Februar 1980 seine Position zu. Beim katholischen Kirchenvolk El Salvadors und anderer lateinamerikanischer Länder brachte



Romero dies Zuneigung und Verehrung ein, im katholischen Klerus selbst allerdings ebenso Anfeindungen.

¡Romero presente!

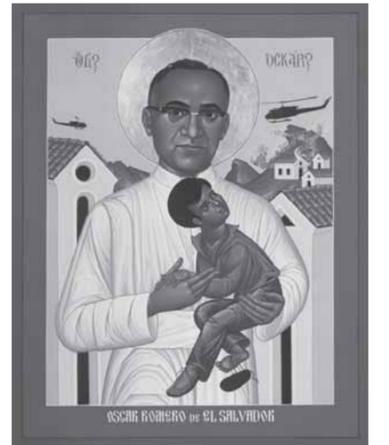
Wer 30 Jahre nach Romeros Ermordung durch El Salvador reist, dem begegnet der berühmte Tote gleichsam auf Schritt und Tritt. Romero ist überall präsent, auf Postern, T-Shirts, als Malerei auf Hauswänden. Längst ist er für die Menschen in seinem Heimatland *San Romero de America*, der Heilige Romero von Amerika. Und über eine solche Ikonisierung hinaus selbst drei Dekaden nach seinem Tod Inspiration für andere, nicht nur in El Salvador, auch in Europa. «Märtyrer wie Oscar Romero rücken die Opfer der herrschenden Gesellschaftsordnung in den Blick», sagt Norbert Arntz. Der 66-jährige katholische Priester im niederrheinischen Kleve begreift Romero als persönliches Vorbild, hat in einer Gemeinde in Peru gearbeitet. «Götzen wie der Markt, die Macht und das Kapital rechtfertigen Menschenopfer und suchen sie unsichtbar zu machen. Die Märtyrer dagegen decken durch ihr Leben und Sterben die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und religiösen Mechanismen auf, die auch heute noch Menschenopfer verlangen oder rechtfertigen.» Seinen eigenen Glauben setzt Norbert Arntz seit vielen Jahren in konkretes Engagement um, etwa im Vorstand der Christlichen Initiative Romero, einer in Münster ansässigen entwicklungspolitischen Organisation, die sich in ihrer Arbeit in Ländern Mittelamerikas auf Oscar Romero bezieht.

Der Vatikan verschleppt

Arntz weiss, dass seine eigene Kirche sich mit Romero zuweilen schwer tut. Immer noch, immer wieder. Im Vatikan dümpelt seit Jahren der Seligsprechungsprozess für den selbst im Tod noch unbequemen Kirchenmann dahin. Immer wieder werden neue Untersuchungen anberaumt. Sieben Jahre dauerte es, zu überprüfen, ob Romeros Predigten mit der katholischen Glaubenslehre übereinstimmen. Das Resultat fiel für Romero zwar positiv aus, ein wesentliches Kriterium für die Seligsprechung war somit erfüllt. Doch dann liess man die Texte darauf hin gegenlesen, ob sie auch mit der kirchlichen Soziallehre konform gehen. Der Vatikan verschleppt. «Man darf gespannt sein, welcher Romero schliesslich seligsprochen wird», kommentiert Norbert Arntz das Verfahren. «Man hat ihn ja nicht umgebracht, weil er fromm gebetet, theologisch korrekt gepredigt und sich den Armen fürsorglich zugewendet hat, sondern weil er der Prophet einer realistischen Kirche war. Einer Kirche, die sich nicht mehr als Machtinstrument missbrauchen lässt, nicht mehr als Schachfigur im Spiel der Mächtigen fungiert, sondern Fleisch und Blut annimmt im Interesse der Armen.»

Aufklärung naht

In El Salvador, so scheint es, entwickeln sich derweil die Dinge zumindest im juristischen Fall Romero, dem Caso 11.481, hoffnungsvoller.



«Nach dem Amtsantritt Mauricio Funes' und seiner FMLN-Regierung im Juni 2009 ist Bewegung in den Fall gekommen», erläutert Ulf Baumgärtner, Mitarbeiter der in San Salvador ansässigen Nichtregierungsorganisation Pro Búsqueda. Tatsächlich hat sich die von der ehemaligen linken Guerilla gestellte salvadorianische Regierung die restlose Aufklärung der Mordsache Romero zur Aufgabe gemacht, nachdem bisherige Anläufe gescheitert waren. Baumgärtner verweist auf im September 2000 abschlägig beschiedene Verfassungsklagen gegen ein Amnestiegesetz, welches seinerzeit dazu führte, dass der Fall Romero abgeschlossen und zu den Akten genommen wurde. «Die zuständige Kammer des Obersten Gerichtshofes überliess es den Richtern, Einzelfälle weiter zu verfolgen. Seit damals gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Die Staatsanwaltschaft kann eine Untersuchung einleiten oder das Gericht von damals den Fall wieder eröffnen.»

Eine nach dem Bürgerkrieg eingesetzte Wahrheitskommission für El Salvador konnte nicht nur den 1992 verstorbenen Ex-Major Roberto D'Aubuisson – Initiator von Todesschwadronen und Gründer der rechts-extremen Arena-Partei – als Auftraggeber für den Romero-Mord identifizieren, sondern ebenso namentlich weitere in Planung und Durchführung der Tat Verstrickte. Als Todesschütze gilt ein in D'Aubuissons Diensten stehender Killer namens Héctor Regelado. Viele in El Salvador hoffen nun darauf, dass der neue politische Wind im Land letztlich auch die Justiz in Bewegung setzen wird. Denn an dieser haftet noch immer der Makel, bislang keinen der mutmasslichen Täter zur Rechenschaft gezogen zu haben.

Der Abendgottesdienst in der Kapelle des Hospitals La Divina Providencia ist zu Ende. Die Gläubigen treten heraus in die milde Abendluft, einzeln, in kleinen Gruppen. An der Tür passieren sie ein Schwarzweissfoto Oscar Romeros, welches an der Aussenseite der Krankenhauskapelle hinter Glas angebracht ist. Der Heilige des Volkes blickt ihnen hinterher. «Wenn sie mich töten, werde ich auferstehen im Volk von El Salvador», hat Romero, dem viele Male mit dem Tod gedroht wurde, einst prophezeit. Er hat Recht behalten.

Quelle: Lateinamerika-Nachrichten. Untertitel UW. Weitere Infos im Internet: www.ci-romero.de